

Engels' Dialektik der Natur

Kaan Kangal, *Friedrich Engels and the Dialectics of Nature*, London, Palgrave Macmillan, 213 S., 79,65 Euro.

Lange blieb es still um Friedrich Engels und die *Dialektik der Natur*. Erst im Zuge des neuerlichen wissenschaftlichen Interesses an Marxens Gedanken zur Ökologie und den Naturwissenschaften, die durch die anhaltende Krise der ökologische Seite kapitalistischer Vergesellschaftung stimuliert wird, rückt auch wieder sein Kompagnon Engels in den Fokus.

Pünktlich zum 200. Geburtstag hat Kaan Kangal daher eine Monographie vorgelegt, die neue Perspektiven der Engels-Rezeption v.a. im englischsprachigen Raum eröffnen möchte. Der Verfasser hat sich das Ziel gesetzt, eine *Neue Engels-Lektüre* zu initiieren.¹

Kangal entwickelt hierfür keine marktschreierische These, mit der die „Dialektik der Natur“ zu dechiffrieren sei, sondern er entfaltet eine behutsame, retrospektiv orientierte Lesart, die einer Stratigrafie gleicht, bei der Schicht um Schicht Aspekte der Rezeptions- und Editions-geschichte untersucht werden, um die Bedingungen einer erneuten Lektüre zu erörtern. Dafür rekonstruiert er in den ersten beiden Kapiteln die Rolle von Engels im politischen Deutungskampf um das Erbe von Marx und die Kontur des Marxismus: „Defending or attacking Engels' dialectics stands or falls with confirming or denying the internal coherence of theoretical propositions

and the practical positions of a scientific worldview in what is called 'Marxism'“ (69) Er berichtet über die zahlreichen, gerade im deutschsprachigen Raum unternommenen Versuche der Sozialdemokratie, des sog. westlichen Marxismus und des Antikommunismus, Engels gegen Marx auszuspielen (46-56). Besonders erhellend, weil wenig bekannt, ist der Abschnitt (57-68) über die sowjetische Rezeption der 1920er/30er Jahre, die eng an die editionspraktische Fragen geknüpft war. Nicht nur, dass Kangal hier dem englischsprachigen Publikum die grundlegenden Einsichten der 1986 unter der Regie von Anneliese Griese veröffentlichten ME-GA-Ausgabe vermittelt. Er zeigt auch in gebotener Kürze, wie im Zuge der Debatten nicht nur eine Vielzahl von verschiedenen Positionen miteinanderrangen, sondern auch ein „Buch“ konstruiert wurde. So wurden in einer revolutionären Aufbauphase anhand des Verhältnisses von Philosophie und sich rasant entwickelnden Naturwissenschaften Standpunkte formuliert, die von der harschen Ablehnung der Philosophie schlechthin bis hin zur Integration der Philosophie in den Marxismus-Leninismus reichten.

Mit dem Protokoll begnügt sich Kangal jedoch nicht. Es zeige sich beim Parforceritt durch die Auf- und Übernahme der Engelsschen Gedanken, dass der Textkorpus samt seiner philologischen, philosophischen und ideologischen Aspekte hinter den politischen und gesellschaftlichen Fragen und Problemen der Rezeption zurückgestellt wurden: „I fail to find thorough insights into the questions of, say, why Engels had undertaken such a gigantic task as *Dialectics of*

¹ Vgl. auch seinen Beitrag „Engels' Dialektik in der *Dialektik der Natur*, in Z 122 (Juni 2020), S. 81-94.

Nature, that is, to reassess dialectics philosophically, on one side, and to broaden its scope toward the philosophy of nature and natural sciences, on the other; and why he decided to make use of such a troubling figure as Hegel instead of, say, Aristotle or Kant.“ (71) Um sich diesen Fragen zu nähern, legt er an die „Dialektik der Natur“ ein zuvorderst philologisches Modell an, demzufolge zwischen den Motiven des Autors, den im Text (nicht) geleisteten Lösungen für gestellte Probleme und der affirmativen oder kritischen Leserschaft unterschieden werden müsse. Dabei gelte es vor allem zu berücksichtigen, „how editorial rearrangements of author’s work and all the historical meaning and political significance ascribed to it impact later interpretations.“ (35)

Ausgehend von der Frage, welche Funktionen die Theorie und die Intelligenz in der Arbeiterbewegung spielen, kommt Kangal zur These, dass Engels mit dem Projekt Einsichten in die Grundlagen, Bedingungen und Strukturen von Theorie suchte und hierfür den Schulterchluss zwischen Philosophie und Naturwissenschaften gegen sozialdarwinistische Ideologien, feudalistische Theorieüberreste und bürgerlich mechanizistische Philosophien suchte. In diesem Kampffeld ging es Engels darum (und hierin ist er sich mit Marx einig), das revolutionäre Potenzial der Philosophie auszuloten, es für den ideellen Haushalt des Marxismus und die Arbeiterbewegung nutzbar zu machen und ferner Verbündete in den Naturwissenschaften zu finden: „*Dialectics of Nature* arose from a need for establishing proletarian ‘counter-hegemony’ not only politically, but also philosophi-

cally.“ (97) Theorie trägt in diesem Sinne den sozialen Kampf der Arbeiterbewegung: „Theory meets its basic criterion when it supplies the political actors of the movement with the conceptual tools that enable them to enlighten themselves about, and become conscious of, the position they occupy in society, and to develop an awareness of it as being objectively theirs.“ (97 f.) Dafür benötigt es noch keine Philosophie. Die Wissenschaften produzieren ihre eigenen Theorien, die politische Akteure in handlungsfunktionale Ideologien ummünzen können. Die Philosophie komme dem Verfasser zufolge dann ins Spiel, wenn sie Prämissen von Theoretisierungen formuliert und begründet, sei es für die theoretische Kohärenz oder für die politische Aktion. Dafür spanne sie ein in sich zusammenhängendes Feld von mehr oder weniger abstrakten Aussagen auf, in dem der praktische Charakter von Theorien examiniert werden kann: „In short, philosophy is a ‘guide to theory’.“ (104) In diesem Sinne evaluiert Kaan im Geiste von Ernst Bloch und Hans Heinz Holz die Feindbilder Idealismus und Metaphysik neu, die Engels aufbaut. Idealismus sei – mit Rückgriff auf Kant und Hegel – die Konzeption von Wirklichkeit, die davon ausgeht, dass die Welt nur rational denkbar ist als universelle Wechselwirkung endlicher Entitäten, die ein unendliches sich selbst entwickelndes Ganzes konstituieren. Metaphysik konstruiere und sichte hierbei den dafür notwendigen kategorialen Rahmen. (157) Engels folge diesen Vorstellungen zwar nicht terminologisch aber argumentativ.

Der Engelsische Versuch sich von der philosophischen Tradition abzustoßen

und sie zugleich zu beerben, produziert begriffliche Inkonsistenzen, die Kaan detailreich im 5. Kapitel markiert. Dieses Verfahren ist äußerst aufschlussreich, weil die verschiedenen Tendenzen und Inkonsequenzen im Textkorpus, die wiederum unterschiedliche Zugriffe ermöglichen, deutlich hervortreten. Es ist außerdem ausdrücklich zu begrüßen, die Philosophie und Metaphysik wieder in die wissenschaftliche Debatte einzubringen. Problematisch erscheint mir aber, dass Kangal nahelegt, dass Philosophie wesentlich Methodologie sei, wenn sie lediglich Kategorien und Ordnungssysteme für Theorien entwerfe (204). Welche Rolle Ontologie und Erkenntnistheorie hierbei spielen und in welchen Koordinationsbeziehungen diese philosophischen Disziplinen zueinander stehen, bleibt offen. Die Differenzen zwischen Materiellem und Ideellem und zwischen Idealismus und Idealität drohen hierbei undeutlich zu werden. Denn wie das Ideelle bestimmt wird, entscheidet über den weltanschaulichen Charakter einer Philosophie und damit auch über ihre politische Funktionalität. Idealismus muss in letzter Instanz immer einen ideellen Ausgangspunkt annehmen. Die Idealität kann kein Materialismus ignorieren, sie ist aber nicht unbedingt Gegenstand methodologischer Überlegungen. Denn die Welt im Ganzen ist nur als Ideelles erfahrbar, davon unabhängig ist aber ihr materieller Charakter. Dieses Problem benennt Engels, liefert dafür aber keine kohärente Lösung. Kangals Verdienst liegt darin, dies am Text nachzuweisen und somit den starting point für eine neue Lektüre zu setzen.

Martin Küpper

Karl Marx und die Probleme der Gegenwart

Thomas Sablowski, Judith Dellheim, Axel Demirović, Katharina Pühl, Ingar Solty (Hrsg.), Auf den Schultern von Karl Marx, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2021, 552 S., 40,00 Euro.

Auf den Schultern von Marx zu stehen bedeutet nicht nur, mit ihm verbunden zu sein. Es bedeutet auch, *mehr* zu sehen als Marx sehen konnte, und *weiter* zu blicken als es ihm in seiner Zeit möglich war. Insofern ist marxistische Gesellschaftsanalyse heute immer eine Beschäftigung mit Marx und über Marx hinaus. Die Herausgeber des Sammelbandes entsprechen diesem Anliegen, indem sie bemüht sind, sich „grundlegende theoretische Einsichten von Marx zu erschließen“ und „unter Zuhilfenahme seiner Begriffe die Prozesse der kapitalistischen Produktionsweise und der sich ständig verändernden Herrschaftsverhältnisse der gegenwärtigen Gesellschaften zu begreifen“ (12). Dabei komme es darauf an, die marxische Theorie mit „den Erkenntnissen zu verbinden, die neue gesellschaftliche Entwicklungen und emanzipatorische Praktiken mit sich bringen“. Dies schließt ein, mit der bislang unter marxistischen Forschern verbreiteten exegetischen und illusionären Praxis zu brechen, „in den marxischen Texten sei im Prinzip alles schon enthalten und sie hätten schon auf alles eine Antwort gegeben“ (12). Einige Autoren halten sich an diesen Grundsatz und sind bestrebt, auf *neue* Fragen auch *neue* Antworten zu geben, wobei die Theorie von Marx hierfür durchaus der Maßstab des theoretischen Verständnisses und die methodologische Basis sein kann. Andere aber kleben

immer noch an den historischen Texten und gehen davon aus, dass Marx in seinen Untersuchungen der 1850er Jahre „ziemlich genau die gegenwärtige Situation beschrieben“ hat (476). Eine dritte Gruppe löst sich fast gänzlich von Marx' Vorgaben und entwickelt alternative Vorstellungen und Ansätze. Hier kommt Marx dann selbst im Literaturverzeichnis nur noch am Rande vor (z.B. 271ff.).

Der Band enthält 30 Beiträge unterschiedlicher Qualität zu verschiedenen Themen. Er ist in drei große Abschnitte gegliedert: 1. Marx neu gelesen, 2. Marxismen: Weiterentwicklung und Kritiken, 3. Mit Marx den gegenwärtigen Kapitalismus analysieren. Das Buch entstand auf der Grundlage zweier Tagungen anlässlich des 200. Geburtstages von Karl Marx in Berlin und in Frankfurt am Main im Jubiläumsjahr 2018. Der 200. Geburtstag von Friedrich Engels war dann „ein sehr schöner Anlass“ (9), das Buch fertigzustellen und es zu publizieren. Im ersten Teil geht es um die Interpretation oder Neuinterpretation einiger Schriften von Marx. Hier ragen die Beiträge von Alex Demirović, Stefano Breda und Emanuela Conversano hervor. Demirović setzt sich mit der eigentümlich „gespenstigen“ Gegenständigkeit des Wertes in der bürgerlichen Gesellschaft auseinander und zeigt, warum es zu kurz greife, die Ökonomie als „harten Kern“ der kapitalistischen Realität im Unterschied zu ihren ideologischen Formen aufzufassen. Er stellt die Arbeitsteilung zwischen Ökonomie und Politikwissenschaft infrage und schlägt vor, Marx' Kritik der politischen Ökonomie als „eine Fortsetzung, Vertiefung und Umarbeitung seiner Kritik der Politik“ (84) zu interpretieren. Die-

ser Ansatz könnte eine Brücke sein, um künftig zwischen marxistischen Ökonomen und Politologen zu einer einheitlichen Sprache zu kommen. Zugleich genügt er der Realität und trägt dazu bei, „die Alltagspraktiken der Unternehmer“ als Teil der ökonomischen Wissenschaft (BWL) und „als mächtige Realität erzeugende Leugnung der Realität“ (84) zu begreifen. Ideologie wird als „zweideutiger Gegenstand“ bestimmt: Erstens als „falsches Bewusstsein“ und notwendiges Moment kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Zweitens als „aktives, organisierendes Moment von Herrschaft“ (88). Hiervon ausgehend entwickelt der Autor seine Sicht der kapitalistischen Ökonomie als „Traumgeschichte“ und als „illusorische Verallgemeinerung“ (96). In Bezug auf das Geld, einer der zentralen Kategorien der bürgerlichen Ökonomie, hebt er dessen Eigenschaft als „Abstraktum“ und „Hirngespinnst“ hervor, verschließt aber den Blick vor dessen Materialität als Geldware. Am Ende wird mit dem Geld „das Nicht-Existierende, Gespenstige und Spukhafte zum realen Gemeinwesen“ und damit ein Ding zur „allgemeinen Ware“, indem es „alle konkrete Arbeit als bloß partikuläre zurücksetzt und ihre Gesellschaftlichkeit kontrolliert und repräsentiert“ (102).

Breda befasst sich in seinem lesenswerten Aufsatz mit dem Begriff des fiktiven Kapitals. Er kann zeigen, dass dessen häufige Gleichsetzung mit dem zinstragenden Kapital in der Literatur einer vormarxischen Begrifflichkeit entspricht und ökonomisch wie politisch zu falschen Schlüssen führt. Ergebnis seiner textkritischen Analyse ist aber auch, dass Marx selbst zu dieser Begriffskonfusion beigetragen und Engels durch

seine fehlerhaften Ergänzungen und Zusätze die Grundlage für bis heute andauernde Missverständnisse gelegt hat. (122) Direkt im Anschluss daran sollte man den weiter hinten abgedruckten sehr sorgfältig recherchierten Aufsatz von Jürgen Leibiger über sinkende Zinsen und das Ende des Kapitalismus (455ff.) lesen. Auch dieser Text behandelt das zinstragende und das fiktive Kapital in Anlehnung an Marx, jedoch eher unkritisch, aber mit Blick auf die Gegenwart. Der Autor untersucht anhand empirischer Daten, welche die Ursachen für die fallenden Zinsen und das gegenwärtig historisch niedrige Zinsniveau sind. Ferner interessiert ihn die Frage, ob dadurch möglicherweise das Ende des Kapitalismus eingeleitet werde, was er verneint (481f.).

Der zweite Abschnitt vereinigt klassentheoretische, psychologische und kunsttheoretische Fragestellungen. Hervorzuheben ist der Aufsatz von Helmut Dahmer (227ff.). Auch wenn es richtig ist, dass Fragen der Psychologie im Werk von Marx keine große Rolle spielen und die Psychologie erst nach seinem Tode die Bedeutung erlangt hat, die ihr heute bei der Erklärung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse zugemessen wird, so erscheint es doch fraglich, die marxische und die freudsche Gesellschaftskritik auf einer Ebene zu behandeln. Die Zweifel an derartigen Integrations- oder Synthese-Versuchen werden auch durch die nachfolgenden Texte nicht ausgeräumt, obwohl hier viele Aspekte aufgezeigt werden, die für eine komplexe Gesellschaftsanalyse heute unverzichtbar sind. Wichtiger als diese Fragen, sind m.E. aber die im dritten Abschnitt behandelten Themen, die sich mit der Aktualität der marxischen

Theorie in der Gegenwart beschäftigen. Hier sind neben dem schon erwähnten Aufsatz von Leibiger vor allem die Texte von Nicole Mayer-Ahuja und von Ingrid Artus hervorzuheben. Sie sind den Veränderungen in der heutigen Arbeitswelt gewidmet, also der Lohnarbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen und damit einem zentralen Problem der marxischen Theorie. Es wird deutlich, dass Marx mit seinen Überlegungen zum „Arbeitstag“ wichtige Anregungen für Untersuchungen zu den Veränderungen in der Arbeitswelt von heute gegeben hat, zum Beispiel zum Zusammenhang von Arbeitszeitgestaltung, Arbeitsintensität und Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums (407). Ebenso besitzt die „These eines strukturellen Interessenkonflikts zwischen Kapital und Arbeit“ nach wie vor eine hohe Erklärungskraft für empirische Phänomene im Bereich der Lohnarbeit moderner Gesellschaften (411). – Beinahe alle Beiträge belegen die Aktualität der marxischen Theorie. Gleichwohl unterstreichen die Autoren, dass es heute mehr denn je darauf ankommt, die Theorie weiterzuentwickeln, Korrekturen vorzunehmen und neue Ansätze aufzugreifen.

Ulrich Busch

Erinnerungen einer Kommunardin

Louise Michel, Die Pariser Commune. Aus dem Französischen von Veronika Berger. Die Gedichte übersetzte Eva Geber. Verlag Mandelbaum Wien/Berlin 2020, 416 S., 28,00 Euro.

Rechtzeitig zum 150. Jahrestag der ersten sozialistischen Arbeiterregie-

rung der Welt, kommt Louise Michels Schrift über die Pariser Commune erstmalig auf Deutsch heraus. In Deutschland erschienen bisher deren „Memoiren. Erinnerungen einer Kommunardin“ (Münster 2016), sowie einige Texte und Reden (Hg. Eva Geber, Wien 2019).

Als Louise Michel ihr Buch 1898 veröffentlichte, war sie 67 Jahre alt. Sie hatte die 72 Tage der Commune und deren blutige Niederschlagung erlebt, als Aktivistin, Sanitäterin und Barrikadenkämpferin, sowie die Deportation nach Neu-Kaledonien, wo sie auch als Pädagogin, Dichterin, Ethnologin und Sprachwissenschaftlerin tätig wurde. Sie schreibt also aus der Distanz von mehr als 25 Jahren nach Ende der Pariser Commune, denn sie spürt eine neue Zeit, und die Utopie einer geschlechtergerechten Welt ohne Ausbeutung bleibt aktuell: „Man kann Gedanken weder mit Kanonenkugeln töten noch ihnen Daumenschrauben anlegen.“

Nun will sie der Commune ein Denkmal setzen und an sie erinnern: „ein Buch den Toten gewidmet“ schreibt sie im Vorwort, „die Commune ist reif für die Geschichte“. Ihr Projekt verfolgt sie „mit großer Akribie, mit besonderer Redlichkeit und Genauigkeit“, wie die Übersetzerin im Vorwort vermerkt.

Louise Michel schreibt keine theoretische Auseinandersetzung, sondern einen lebendigen Bericht, untermauert durch Anekdoten, Kommentare, Gedichte, Zitate und Dokumente (Zeitungsartikel, Rundschreiben, Briefe, Beschlüsse). Im Unterschied zu ihren Memoiren geht sie hier chronologisch vor, und erweist sich als Chronistin der Commune. Sie beschreibt die Agonie des Kaiserreichs, den deutsch-

französischen Krieg 1870, die Republik des 4. September und das Scheitern der Regierung der „nationalen Verteidigung“ mit dem reaktionären Thiers an der Spitze, die Wachsamkeitskomitees und die Proteste der Frauen gegen die Brotrationierung, die Kapitulation und den schändlichen Waffenstillstand (u.a. Annexion von Elsass und Lothringen). Ausführlich werden die 72 Tage der Commune dargestellt – vom 18. März bis zum Blutbad Ende Mai 1871 –, die Verurteilung der Kommunarden, die Gefängnisse, die Deportation, die Rückkehr nach Frankreich und das Exil in London.

Im Anhang enthalten sind der Bericht der Kommunardin Béatrix Excoffon über den Marsch von Pariserinnen für die Freiheit Anfang April 1871, der Brief eines Gefangenen von Brest über Misshandlungen sowie der Bericht von verbannten Kommunarden aus dem Londoner Exil 1874 und Auszüge aus dem Memorandum des französischen Verlegers der „Pariser Commune“. Das Buch ist versehen mit einem nützlichen Glossar mit Namen, Orten und Begriffen am Ende des Werks.

Die Stärke von Louise Michels Buch liegt in der Wiedergabe der Stimmung, in dem Hervorholen von Dokumenten und in der detaillierten Beschreibung des Geschehens. So heißt es über die leidenschaftliche Sehnsucht nach einer anderen Welt: „Man wollte alles zugleich: Künste, Wissenschaften, Literatur, Entdeckungen: das Leben brannte. Man wollte der alten Welt so schnell wie möglich entfliehen.“

Die ersten Dekrete de Commune werden (leider zu kurz) aufgelistet, u.a. die Trennung von Staat und Kirche, das Verbot der Ämterkumulierung,

die Neuorganisation der Arbeit, die Gründung von Kommissionen, der Abriss der Vendôme-Säule als Symbol der Gewalt und des Despotismus.

Das zitierte Manifest der Bürgermeisterei von Montmartre vom 18. Mai erinnert an das Programm der Commune: es „heißt die Einforderung der Menschenrechte, es bedeutet ein Volk, das Meister seines Schicksals ist; es heißt Gerechtigkeit und das Recht auf Arbeit und Leben“.

Zwei Kapitel behandeln die bemerkenswerte Beteiligung der Frauen an der Kommune, ob in den Klubs oder bei der Versorgung und Pflege, als Sanitären oder Barrikadenkämpferinnen. Michel widerlegt die „verrücktesten Gerüchte(n) über die ‚Pétroleuses‘ (Brandstifterinnen): ‚Die Frauen kämpften wie Löwinnen, doch nur ich spuckte Feuer angesichts dieser Ungeheuer vor uns.‘“ Erstaunlich allerdings, dass sie der bretonischen Buchbinderin und Organisatorin einer revolutionären Volksküche Nathalie Le Mel nur wenige Zeilen widmet, und Elisabeth Dmitrieff völlig ignoriert („Dmihef“ wird in einem Halbsatz erwähnt), war sie doch eine der bedeutendsten Kommunardinnen, führend im Bund der Frauen zur Verteidigung von Paris, zudem Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation und vom Generalrat der IA nach Paris als Korrespondentin entsandt, um Marx über die Ereignisse in Paris zu informieren.

Die mutige Verteidigungsrede von Louise Michel vor dem Kriegsgericht, die sich selbst als Aktivistin im Buch zurücknimmt, wird vom Historiker der Commune Prosper Lissagaray zitiert. Bei der Beschreibung des Blutbads im Mai (mit etwa 30.000 Toten), wird u.a.

der „Officiel“ von Versailles erwähnt, mit der Lizenz zum Töten: „Keine Gefangenen... Gewährt den braven Soldaten die Freiheit, ihre Kameraden zu rächen und in aller Öffentlichkeit und in der Raserei des Handelns die Dinge zu tun, die sie kühlen Blutes morgen nicht mehr tun wollen!“

Louise Michel setzt sich auch kritisch mit den Fehlern der Commune auseinander: „Die Commune hätte triumphiert, wenn sie es gewagt hätte, sich der Schätze, die allen gehörten, zu bedienen, um sie für die Allgemeinheit einzusetzen.“ Ähnlich hatte es Friedrich Engels in seiner Einleitung zu Karl Marx „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ 1891 geschrieben: „Am schwersten begreiflich ist allerdings der heilige Respekt, womit man vor den Toren der Bank von Frankreich ehrerbietig stehen blieb. Das war auch ein schwerer politischer Fehler.“

An anderer Stelle kritisiert Michel, dass „die Kommunarden mit den sanften Herzen“ nicht nach Versailles marschiert sind, wo die reaktionäre Thiers-Regierung nach ihrer Flucht aus Paris ihren Sitz hatte.

Erwähnt wird schließlich die von der katholischen Kirche und der Dritten Republik 1875 begonnene Errichtung der Sacré-Coeur-Basilika in Montmartre, zur „Abbüßung der Verbrechen der Kommunarden“. Dass die Nationalkommission für Kulturerbe im letzten November beschloss, gerade diese Basilika, die als Symbol des Kampfes gegen die Pariser Commune und deren Werte gilt, zum historischen Monument zu erklären, wird von vielen als Provokation und Beleidigung der Republik empfunden.

Florence Hervé

Revolutionäres Frühjahr 1919

Axel Weipert, Stefan Bollinger, Dietmar Lange, Robert Schmieder (Hrsg.), Eine zweite Revolution? Das Frühjahr 1919 in Deutschland und Europa, Die Buchmacherei, Berlin 2020, 289 S., 12 Euro.

Es schien leider so, als sei die Flut der Publikationen im Zusammenhang mit dem Säkulum der Revolution von 1918/19 sehr schnell und vollständig verebbt, was angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Geschehnisse nur zu bedauern ist. Schließlich waren auf deren Hintergrund zahlreiche anregende, lehrreiche, zum Nachdenken wie zum Streit herausfordernde Bücher und Aufsätze geschrieben und Konferenzen veranstaltet worden. 2020 wird dieser Eindruck einer allzu abrupten Ebbe durch ein gewichtiges Buch gemildert. Darin dokumentieren die Herausgeber 13 Vorträge, die im März 2019 auf einer gemeinsamen wissenschaftlichen Konferenz des Museums Berlin-Lichtenberg und der Helle Panke e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin vorgetragen worden waren. Die Konferenz und nun auch das vorliegende Buch verfolgen vor allem zwei Ziele. Zum einen fordern sie auf, das revolutionäre Geschehen ab dem Frühjahr 1919, das in den Publikationen und Konferenzen über die deutsche Revolution vergleichsweise weniger Aufmerksamkeit gefunden hatte, revolutionärgeschichtlich stärker in den Blick zu nehmen. Zum anderen sind sie ein nachdrücklicher Anstoß, die internationale Dimension des revolutionären Geschehens zu erfassen.

Bereits der erste Beitrag stellt den zuletzt genannten Aspekt der Publikation heraus. *Marcel Bois (Hamburg)* benennt und vergleicht die Proteste,

Streiks und Revolutionen zwischen 1916 und 1921 aus globalem Blickwinkel. Er zeigt, was sie einte, nämlich soziale und politische Reflektion des ersten imperialistischen Weltkriegs auf allen Kontinenten gewesen zu sein, und was sie unterscheidet: Nicht alle hatten, wie es in Russland, Deutschland, Österreich oder Ungarn der Fall war, systemstürzende revolutionäre Ziele.

Mehr als ein Drittel der Beiträge sind Geschehnissen außerhalb Deutschlands gewidmet. *Peter Haumer (Wien)* behandelt Aspekte der Revolution in Österreich, deren entscheidendste Protagonisten noch bis zum Sommer 1919 auf den Durchbruch ihrer Bewegung zu einer Räterepublik hofften. *Peter Csunderlik (Budapest)* befasst sich mit dem Verlauf der Revolution in Ungarn und hebt mit der Arbeiterbewegung in Deutschland Übereinstimmendes ebenso hervor wie Eigentümlichkeiten der ungarischen Räterepublik vom März bis Juli 1919. *Pietro Di Paola (Lincoln, GB)* zeigt die italienische Arbeiterbewegung im sog. „roten Doppeljahr“ 1919/20, in welchem die internationalen revolutionären Ereignisse zunehmende Hoffnungen auf eine Revolution in Italien weckten. *Reiner Tostorff (Mainz)* skizziert die Arbeiterbewegung dieser Zeit in Spanien, das im Weltkrieg zwar neutral geblieben und dennoch von den mit dem Krieg ursächlich verbundenen sozialen und politischen Bewegungen erfasst wurde. Sein Modellfall ist der von der Elektrizitätsgesellschaft in Barcelona ausgehende Generalstreik im März/April 1919, der positive soziale Ergebnisse erreichte, aber zugleich auch zu einem System sich verschärfender Repressa-

lien gegen die Gewerkschaft führte. *Simon Webbs (Laughton, GB)* richtet die Aufmerksamkeit auf seltener beachtete Streiks und Unruhen in Großbritannien, die zwar kein Potenzial für eine revolutionäre Erhebung besaßen, aber von den Herrschenden mit militärischen Mitteln beendet wurden.

Mit dem zweiten Teil des Bandes „Frauen und Revolution“ verweisen die Herausgeber mit den Beiträgen von *Gisela Notz (Berlin)* und *Mirjam Sachse (Kassel)* auf ein weiteres Forschungsfeld, das nach wie vor unzureichend beachtet ist. Gisela Notz betont zu Recht, dass es ohne die sozialistische Arbeiterinnenbewegung keinen Fortschritt im Kampf um Frauenrechte und Gleichberechtigung gegeben hätte, weil nur sie – anders als die bürgerliche Frauenbewegung – den Kampf um das Frauenwahlrecht mit grundsätzlichen Forderungen zur Gleichstellung der Frauen in einer sozial gerechten Gesellschaft verbunden hat. Mirjam Sachsens Analyse der während der Revolution nicht mehr von Clara Zetkin geleiteten „Gleichheit“ gibt einen interessanten und neuwertigen Einblick in die Strömungen der sozialdemokratischen Frauenbewegung.

Die weiteren Studien zum revolutionären Geschehen in Deutschland sind sowohl übergreifend als auch regional zugeordnet. *Mark Jones (Dublin)* analysiert die Rolle der konterrevolutionären Gewalt für das Niederschlagen der Revolution und die Begründung der Weimarer Republik. *Klaus Wisotzky (Düsseldorf)* untersucht die Ruhrbergarbeiterstreiks vom November 1918 bis April 1919, *Mario Hesselbarth (Jena)* den mitteldeutschen Generalstreik vom Februar 1919. *Sebastian Zehetmair (Berlin)* zeigt den „Sonder-

weg“ Bayerns, wo es tatsächlich im Konflikt zwischen Mehrheitssozialdemokratie und USPD/KPD zu einer „zweiten Revolution“, ja schließlich mit der Münchner Räterepublik im Mai 1919 zu einer Art „dritter Revolution“ unter rätekommunistischen Vorzeichen kam. *Axel Weipert (Berlin)* behandelt den Berliner Generalstreik Anfang März 1919 vor allem im Hinblick auf die Rolle der Räte sowie als Höhe- und Wendepunkt der Berliner Rätebewegung. *Klaus Gietinger (Saarbrücken)* beschreibt die anschließenden schweren bewaffneten Kämpfe in Berlin vorrangig als eine liquidatorische Offensive der konterrevolutionären Freikorps gegen die Volksmarinedivision, die demokratisch strukturierte bewaffnete Stütze der Revolution in Berlin. Alle diese Beiträge suchen Antwort auf die Frage nach „Chancen und Risiken“ und zeigen den „revolutionären Aufbruch und die blutige Konterrevolution“ des „deutschen Frühlings 1919“.

Mit dem Blick auf diese Beiträge erweist es sich als richtig, dass die Herausgeber den Titel ihres Buches „Eine zweite Revolution“ mit einem Fragezeichen versehen haben. Diese auch revolutionstheoretische Frage lässt sich mit dem Blick auf die deutsche Revolution offenbar nur schwer beantworten. *Stefan Bollingers (Berlin)* Essay über die „Schwierigkeiten der zweiten Revolutionen“ hätte gut an das Ende des Bandes gepasst. Darin wird auf Lenins stimmige Aussage verwiesen, dass Revolutionen revolutionäre Situationen voraussetzen, in denen die „Unterschichten“ das Alte nicht mehr wollen und die „Oberschichten“ in der alten Weise nicht mehr können. Gab es im Frühjahr 1919 nach der politischen Selbstaufgabe der Räte und dem enor-

men Auftrieb der bewaffneten Konterrevolution noch eine solche Situation? Oder handelte es sich um die Radikalisierung einer mit dem Ergebnis der Revolution unzufriedenen Volksminderheit, die eine neue Welle revolutionärer Kämpfe auslöste, mit denen das Erreichte wenigstens so stabilisiert werden konnte, dass die Konterrevolution zunächst für Jahre keine erfolgversprechende Aussicht hatte, die Revolution in einem roll back zu begraben? Die Herausgeber sprechen in der Einleitung sowohl von der „zweiten Revolution“ als auch von der „zweiten Phase der [! G.E.] Revolution“. Das Fragezeichen im Titel und die vielen Anregungen zum Thema im Beitrag von Stefan Bollinger fordern dazu auf, den Diskurs fortzusetzen. Er wäre nützlich für die konkrete historische Forschung wie auch für revolutionstheoretische Arbeiten.

Am Ende muss auf die den Band abschließende Studie von *Dietmar Lange (Berlin)* besonders hingewiesen werden. Der Autor untersucht akribisch den Umgang mit den Opfern vom März 1919 in Berlin und das politisch determinierte Gedenken an sie in den seither vergangenen einhundert Jahren. Er trägt damit der Tatsache Rechnung, dass die Geschichtswissenschaft eine doppelte Aufgabe hat, nämlich geschichtliche Ereignisse und Prozesse zu erforschen und zugleich die Geschichte ihrer Deutung zu schreiben.

Das anregende Buch beansprucht einen vorderen Platz im Kanon der wissenschaftlichen Literatur, die dem 100. Jahrestag der deutschen Revolution gewidmet wurde.

Gerhard Engel

Ausschluss

Gerd-Rüdiger Stephan/Detlef Nakath (Hrsg.), Ausschluss. Das Politbüro vor dem Parteigericht. Die Verfahren 1989/1990 in Protokollen und Dokumenten. Mit einem Geleitwort von Dagmar Enkelmann sowie Beiträgen von Michael Herms, Volkmar Schöneburg und Tom Strohschneider. Redaktionelle Mitarbeit: Christine Krauss. Dietz Berlin 2020, 551 S., 49,90 Euro.

In das Zentrum der Dokumente in diesem Band rückten Rüdiger Stephan und Detlef Nakath die Protokolle der Schiedskommission der SED-PDS vom 20./21. Januar 1990. Vor den einzelnen Anhörungstexten werden die jeweiligen Personen mit einem Foto und einer Kurzbiografie, die auch die wichtigsten Verweise auf erschienene Biografien bzw. Autobiografien enthält, vorgestellt. Verfasser der Kurzbiografien ist Michael Herms. Im Anschluss an die Dokumentation des Protokolls folgen einige Zeitungskommentare von Ende Januar und Informationen, die das parteibezogene Stimmungsbild jener Tage wiedergeben.

Mit der Einsetzung einer Zentralen Schiedskommission anstelle einer Parteikontrollkommission signalisierte die SED-PDS den Bruch mit den bisherigen stalinistischen Prinzipien der Parteigerichtbarkeit. Die Auseinandersetzung mit den Vertretern der alten Parteiführung gehörte zu den erstrangigen Aufgaben der Schiedskommission. Folgende ehemalige Mitglieder bzw. Kandidaten des SED-Politbüros wurden angehört: Hans-Joachim Böhme, Horst Dohlus, Kurt Hager, Joachim Herrmann, Werner Jarowinsky, Egon Krenz, Heinz Keßler, Inge Lange, Siegfried Lorenz, Erich Mückenberger,

Margarete Müller, Alfred Neumann, Günter Schabowski, Gerhard Schürer und Werner Walde, Herrmann Axen und Werner Eberlein waren erkrankt.

Zuvor waren bereits Günter Mittag im November 1989 durch die Zentrale Parteikontrollkommission und acht weitere ehemalige Politbüromitglieder am 3. Dezember 1989 durch Beschluss der 12. ZK-Tagung aus der SED ausgeschlossen worden.

Die ehemaligen Politbüromitglieder erhielten im Januar 1990 eine schriftliche Einladung verbunden mit der Aufforderung, sich vorab zu ihrer Tätigkeit in der Parteiführung zu äußern. Zu ihrer Stellungnahme konnten sie bei der Anhörung ergänzende Bemerkungen machen. Der Vorsitzende der Schiedskommission, der promovierte Jurist und Staatsanwalt Günther Wieland und die Mitglieder stellten dazu eine Reihe von Fragen, um sich für die jeweilige Beschlussfassung eine fundierte Meinung bilden zu können.

Die Anhörung verdeutlichte, dass eine auch nur in Ansätzen kollektive Meinungsbildung zu den wichtigen politischen und wirtschaftlichen Themen im Politbüro seit den siebziger Jahren nicht mehr möglich war. Generalsekretär Erich Honecker habe die zu beschließende Position vorgegeben. Das meiste wurde mit Günter Mittag und Erich Mielke vorberaten. Andere Meinungen oder gar Kritik wurden nicht zugelassen.

Im Einzelnen beschloss die Schiedskommission die geladenen Mitglieder und Kandidaten aus der Partei auszuschließen. Eine Ausnahme wurde lediglich bei Werner Eberlein und Siegfried Lorenz gemacht – ihre Parteimitgliedschaft blieb bestehen. Die Ent-

scheidung über den Parteiausschluss fiel teils einstimmig, wie bei Hager und Herrmann, teils mit Stimmenmehrheit wie bei Krenz und Schabowski.

Die Texte der Vernehmung verlangen dem Leser einiges an Einfühlung in die außergewöhnliche historische Konstellation in der DDR am Beginn des Jahres 1990 ab. Mit Erstaunen liest man am Schluss des Gesprächs mit Kurt Hager dessen Bekenntnis: „So bitter es für mich ist, vielleicht begreift das mancher hier, nach 60 Jahren Zugehörigkeit zur Partei, und es waren schwierige Situationen, die ich erlebt habe, die ich keinem wünsche, so bitter das ist, bin ich der Auffassung, dass ich eine Belastung für die SED-PDS wäre, wenn ich weiter Mitglied bleiben würde. Ich bitte darum, mich auszuschließen.“ (240)

Das Schiedskommissionsverfahren gegen Hermann Axen konnte wegen schwerer Erkrankung und Tod (15. 2. 1992) nicht abgeschlossen werden.

Die Herausgeber führen in brillanter Weise in die Endkrise der SED und den Neustart durch die PDS unter Gregor Gysi ein. Die Auffassung, dass es nach Honeckers Reise in die Bundesrepublik „zu keinerlei wesentlichen Veränderungen in der Reise genehmigungspraxis kam“, (41) fordert zur Diskussion heraus. 1988 reisten erstmals 1,2 Millionen DDR-Bürger „in dringenden Familienangelegenheiten“ in die Bundesrepublik. In diesem Jahr übertraf die Zahl der Reisenden unterhalb des Rentenalters erstmals die Zahl der in die Bundesrepublik reisenden Rentner.

Texte von Volkmar Schöneburg und Tom Strohschneider ergänzen den Band. Dagmar Enkelmann hebt in ihrem Geleitwort hervor, dass die im Januar 1990 ausgesprochenen Parteiaus-

schlüsse in der gegebenen historischen Situation Ultima Ratio waren, um die politische Handlungsfähigkeit der PDS zu gewährleisten.

Siegfried Prokop

Der Blick aufs Ganze

Udo Achten, Der Auslöser. Fotojournalist Klaus Rose. Selbstverlag Udo Achten, 169 S., 12 Euro + Porto. Bezug achten.udo@online.de.

Diese Veröffentlichung wird getragen von dem Gedanken, wie stark der militante Antikommunismus die Gründerjahre der Bundesrepublik Deutschland geprägt hat. Die Erinnerung an dieses dunkle Kapitel der Gründungsgeschichte soll mit der Veröffentlichung über das Leben und Arbeiten von Klaus Rose wachgehalten werden. Es wird gezeigt, wie beharrlich Personen verfolgt wurden, die im Verdacht standen, mit Kommunisten zu sympathisieren, ihnen zu begegnen oder an „verdächtigen“ Veranstaltungen teilzunehmen.

Klaus Rose wurde 1937 in Hannover geboren. Er verkörpert ein Stück Zeitgeschichte. In Fotografien und Reportagen begleitet er als selbstständiger Fotojournalist seit mehr als 60 Jahren die Entwicklung der Bundesrepublik. Dabei geriet er mehr als einmal in die Mühlen der Justiz.

Das Buch umfasst in verschiedenen Kapiteln das politische Leben von Klaus Rose und einen zeitgeschichtlichen dokumentarischen Teil. In einem Vorwort erinnert *Detlef Hensche* daran, mit welcher Hemmungslosigkeit politische Polizei und Gerichte politische Überzeugungen verfolgt haben. In einem anschließenden Interview von *Udo Achten* mit Klaus Rose wird den frühen

Phasen von Klaus Roses Leben und Arbeiten nachgegangen und danach ordnet Udo Achten die individuellen Erfahrungen von ihm den zeitgeschichtlichen Ereignissen zu.

Klaus Rose berichtet im Interview mit Udo Achten, wie er schon durch frühe Erfahrungen mit autoritären Lehrern in der Schule politisch sensibilisiert wurde. Diese politische Sensibilität behielt er zeitlebens bei und wurde mehr als einmal unversehens zu einem jugendlichen Straftäter. Schon in Hannover arbeitete er als Jugendlicher im Jugendforum mit, einem Debattierclub, in dem die verschiedenen Jugendverbände vereint waren. Als 17-Jähriger fuhr er zu einem Treffen gegen die Remilitarisierung der BRD nach Ost-Berlin. Als er in einer Sitzungspause zufällig dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ersten Sekretär des ZK der SED Walter Ulbricht begegnete und ihn fragte, ob er jemanden benennen könne, der in einer Diskussion im Jugendforum in Hannover über Ost-West-Fragen die Position der DDR vertreten könne, wurde er von Kongressteilnehmern umringt und fotografiert. Das Bild erschien wenig später in der „jungen Welt“. Dieses Ereignis und weitere „Verfehlungen“ wurden ihm später vorgeworfen. Davor hatte er an den Weltjugendfestspielen 1957 in Moskau teilgenommen und darüber in verschiedenen Organisationen einen Lichtbildervortrag gehalten. Beide Ereignisse bildeten die Basis für eine Anklage der „Staatsgefährdung“ und der „Aufnahme landesverräterischer Beziehungen“. Als mildernder Umstand wurde in dem Gerichtsverfahren gewertet, dass er den Vortrag auch bei einer Veranstaltung des Bundes der Frontkämpfer gehalten habe. Die ver-

hängte Bewährungsstrafe wurde erst aufgehoben und später – als er vor Ablauf der Bewährung an den Weltjugendfestspielen in Wien und Helsinki teilnahm – in eine neunmonatige Gefängnisstrafe umgewandelt. Als durch eine Panorama-Sendung vom 9. November 1964 Öffentlichkeit aufmerksam geworden war, wurde die Strafe abermals für zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt.

In der Sendung des politischen Magazins Panorama vom 9. November 1964 wurde von Lutz Lehmann am Beispiel von vier Fällen von politischer Strafjustiz kritisch über die Justiz der Bundesrepublik berichtet. In dieser Sendung wird die Zeit des kalten Krieges lebendig. Eugen Kogon, damals Leiter der Panorama-Sendung, stellte zu Beginn fest: „Der kalte Krieg hat in der Welt und nicht zuletzt in unserer Bundesrepublik da und dort Verhältnisse zurückgelassen, die, je länger sie unbereinigt bleiben, um so verhängnisvollere Folgen haben können. Diese Feststellung gilt ganz besonders auf dem Gebiet unserer politischen Strafjustiz.“ (48) Im Zentrum dieser Auseinandersetzungen stand das KPD-Verbot und im weiteren Sinne der Antikommunismus. Das große Aufsehen dieser Sendung veranlasste die CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag, eine Debatte über die Fernsehsendung zu führen. Darin spiegelt sich noch einmal der militante Antikommunismus bis hinein in die SPD.

Es folgt die Niederschrift über einen vertraulichen Teil der 95. Sitzung des Ausschusses für Rechtsfragen über die Abberufung des Staatsanwaltes vom September 1961 in Hannover, der die Anklage im Verfahren gegen Klaus Rose vertreten hat. Transparent wird,

dass durch den nahtlosen Übergang vieler Richter aus der NS-Zeit – auch derjenigen, die über Klaus Rose zu Gericht saßen – die historische Kontinuität zu der Zeit des Faschismus ungebrochen war. So bezeichnet Rolf Hochhuth am Beispiel von Hans Filbinger diese Juristen als die „furchtbaren Juristen“. Es gab nur wenige Ausnahmen, von den „furchtbaren Juristen“. Zu den „furchtlosen Juristen“ zählten z.B. Fritz Bauer, Wolfgang Abendroth oder Helmut Ridder.

Die Anfänge fotografischen Interesses von Klaus Rose liegen in Hannover. Nach seinem Umzug ins Ruhrgebiet 1965 wurde die Fotoarbeit sein Beruf, zuvor hatte er nach der Schule als Helfer im Bereich der Heizungsanlagen schwer körperlich gearbeitet. Die historischen, politischen sowie die rechtlichen und wirtschaftlichen Hintergründe prägen ebenso wie die technische Entwicklung seine Arbeitsweise. Es bedeutete immer Stress, einen Film rechtzeitig zu entwickeln, Fotoabzüge zu machen und vor Redaktionsschluss der Zeitung zu übermitteln. Die technische Entwicklung vom belichteten Material zur Digitalfotografie veränderte stark die Arbeit der Fotografen und erhöhte den Konkurrenzdruck. Die Auftraggeber – Mediengruppen und Konzerne – nutzen ihre Macht und vergüteten die Nutzungsrechte der Fotografen nur einmal.

Im Ruhrgebiet hat er für Gewerkschaftszeitungen gearbeitet und dabei viele Betriebe kennengelernt, aber auch das Alltagsleben der Bewohnerinnen und fotografiert oder sich bei der Friedensbewegung engagiert. Erwähnenswert ist beispielsweise ein Foto, dass Männer und Frauen bei Opel abwechselnd am Band zeigt. Üblich

war, dass es nur Bänder gab an denen Frauen oder Männer getrennt voneinander arbeiteten. Obwohl an beiden Bändern die gleiche Arbeit verrichtet wurde, wurden die Frauen schlechter bezahlt. Opel hatte kein Interesse an dem Bild, es war ein frühes Dokument für die ungerechte Bezahlung von Frauen.

Rose vermittelt wie kein anderer ein lebendiges Bild der Klassenseinandersetzungen in jenen Jahren. Er macht die Kämpfe erlebbar und dokumentiert nicht zuletzt das zunehmende Selbstbewusstsein der Menschen in diesen Konflikten. Seine Bilder zeigen nicht nur die sozialen Abwehrkämpfe im Ruhrgebiet, sondern ebenso die politischen Auseinandersetzungen, den Kampf gegen die Notstandsgesetze, die Demonstrationen gegen den Krieg in Vietnam und gegen Aufrüstung der Bundeswehr, den Protest gegen Berufsverbote und die antifaschistischen Demonstrationen gegen die NPD.

Davon zeugt ein Beispiel im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1969. In der Stadthalle in Recklinghausen sollte eine Wahlveranstaltung der NPD stattfinden. Gegendemonstranten blockierten die Zufahrt zur Stadthalle. Die Polizei forderte die Gegendemonstranten und die anwesenden Journalisten auf, den Platz zu verlassen. Weil die Demonstranten sich nicht bewegten, wurde eine Reiterstaffel der Polizei von 10 bis 12 Pferden herangeführt, die auf die sitzenden Demonstranten zureiten sollten. Spontan weigerten sich die Pferde, bis sie schließlich gezwungen wurden, auf die Demonstranten zu galoppieren. Es gab viele Schwerverletzte. Die Szene wurde von Klaus Rose fotografiert. Er bekam daraufhin eine Vorladung zur polizeilichen Vernehmung, um ein Ermittlungsverfahren

gegen ihn einzuleiten. Mithilfe der DJU (Deutsche Journalistenunion) wurde das Ermittlungsverfahren niedergeschlagen.

Charakteristisch für Roses Arbeiten ist es, den Blick auf einzelne Personen oder Ereignisse zu richten, sich dabei aber auf das Ganze zu beziehen. Nach dieser Methode geht auch der Autor und Herausgeber Udo Achten vor. Er stellt durch seinen Beitrag und die Dokumente den Zusammenhang von Einzelschicksal und damaliger politischer Realität her.

Die Lektüre des Buches soll dazu anregen, sich mit den verschiedenen Facetten der Gründungsgeschichte der Bundesrepublik intensiv auseinander zu setzen.

Die Einbettung des Lebens und Schaffens von Klaus Rose, sein gesellschaftliches und politisches Engagement über Jahrzehnte für die Entwicklung der Bundesrepublik ergibt ein detailliertes Bild über die fragwürdigen Zustände. Partei- und Organisationsverbote sowie später die Berufsverbote und die Pressionen seitens der NS-belasteten Justiz und Polizei, denen Klaus Rose und andere ausgesetzt waren, haben ihn nicht verbiegen können. Er „gehört vielleicht nicht zu den Siegern der Geschichte, aber sicherlich zu denjenigen, die sich ihre Würde, ihren Stolz und ihre Selbstachtung bewahrt haben.“ (46)

Es tut gut, ein erklärendes und aufklärendes Buch zu lesen, in dem gegen gängige Klischees argumentiert wird. Deutlich wird, mit wie viel Kraft und persönlichem Einsatz gegen die heute häufig verklärte Nachkriegsgeschichte gekämpft wurde und Achten erzählt zugleich von einem aufrichtigen Leben.

Ursula Schumm-Garling

Intellektueller des Übergangs

Jens-F. Dwars / Dieter Hausold / Christiane Schneider / Paul Wellsov, Ein Sokrates der DDR. Nachdenken über Dieter Strützel (1935-1999). Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, VSA Verlag, Hamburg 2020, 88 S., 6,00 Euro.

„Ein Sokrates der DDR“ – eine Nummer zu groß kommt der Titel eines kleinen Bändchens aus dem VSA Verlag daher. Das Büchlein ist Ergebnis eines Tagungsbandes zu Dieter Strützel, Kultur- und Literaturwissenschaftler in der DDR, Lektor beim Mitteldeutschen Verlag, Kultursoziologe an den Universitäten Leipzig und Jena sowie nach 1990 stellvertretender Landesvorsitzender der PDS Thüringen. Strützel, der in der DDR keineswegs unkritisch war, erlebte, was viele Gesellschaftswissenschaftler nach der Wende erlebten: er verlor seinen Job. Statt aufzugeben, brachte sich Strützel in die Thüringer PDS ein und prägte diesen, lange etwas anderen, PDS-Landesverband mit. Die PDS Thüringen zeichnete sich einige Jahre durch eine offenere, nachdenkliche Struktur aus, für die auch Strützel stand. Während Strützel vor 1990 einen Peter-Weiss-Lesekreis betrieb, indem relativ offen über die Gesellschaft diskutiert wurde, organisierte er ab 1992 mit der „Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie“ gemeinsame Diskussionen der Ost- und Westlinken. All das schildert der Band in kurzen Beiträgen. Strützel erweist sich damit als einer der heute viel zu wenig beachteten Intellektuellen des Übergangs von Ost nach West. Die konkrete Erfahrung des Scheiterns und neu Anfangens prägte eine ganze Generation im Osten.

Strützels Lebensweg als Cheflektor beim mitteldeutschen Verlag und späterer Dozent für Kulturtheorie wird ebenso schlaglichtartig beleuchtet wie sein politisches Wirken. Nur bleiben die Beiträge zu kurz, wie die politische Charakterisierung von Strützels Wirken durch Dieter Hausold. Der längste Beitrag des Bandes von Jens-F. Dwars bringt dem Leser die Person Strützels näher. So ist der Verweis auf Sokrates im Titel eher als ein Verweis auf die Rolle des Lehrers Strützel als Dozent zu verstehen. Strützel bestach in seinen Untersuchungen zur Lebensrealität in der DDR sowie als Dozent und Diskutant im „Peter-Weiss-Lesekreis“ eher durch seine Nachdenklichkeit und die sokratische Art des Fragens als durch bloßes Dozieren. Zu oft verliert sich Dwars in allgemeinen politischen Abschweifungen, als dem Leser die Bedeutung Strützels näherzubringen. Der Beitrag von Christiane Schneider hingegen hätte durchaus länger sein können. Sie thematisiert das Wirken Strützels als Organisator der „Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie“, in der Ost- und Westlinke gemeinsam über Zeit und Theorie diskutieren. Die Ergebnisse dieser Diskussionen als Verarbeitung der Wende und des Umbruchs der Ost- und Westlinken wären ein wichtiger Beitrag zur zeitgenössischen Intellektuellengeschichte im Umbruch des Jahres 1990. Bezeichnenderweise ist dazu das Interview mit Strützel selbst am informativsten. Strützel schildert hier in aller Kürze sein Marxismusverständnis und ordnet sein Wirken als Lektor und Dozent in der DDR politisch und wissenschaftlich ein. Spannend ist hier die von Strützel geleitete Studie zur „Le-

bensweise in der DDR“1988, die Jenerser BürgerInnen zu ihren Einstellungen und Bedürfnissen befragte. Die erstaunlich offenen Antworten fanden in der Wendezeit größere Beachtung in Teilen der DDR-Führung, weil sie eine realistische Bestandsaufnahme der Einstellungsmuster ihrer BürgerInnen darstellte. Nur fand die länger angelegte Studie mit dem gewollten Umbruch und Abbruch an den ostdeutschen Universitäten ein Ende.

Mit dem Interview schließt das Bändchen. Es ist kein großer Wurf, aber ein interessantes Schlaglicht auf eine Geschichte, die noch geschrieben werden muss.

Janis Ehling

Utopie oder Vermittlung?

Constanze und Dieter Kraft, Einsichten und Widersprüche. Texte aus drei überwältigten Jahrzehnten. Mit einem Vorwort von Thomas Metscher. Mangroven Verlag Kassel 2020, 366 Seiten, 25,00 Euro.

Der vorliegende Sammelband enthält drei Beiträge von Constanze Kraft und vierzehn von Dieter Kraft aus den letzten drei Jahrzehnten, allein neun aus den Jahren 1989 bis 2000 und fünf aus der Zeit nach 2010. Constanze Kraft ist Berliner Pfarrerin mit Erfahrungen auf vielen Gebieten kirchlicher Arbeit. Dieter Kraft war bis zu seiner „Abwicklung“ 1992 ordentlicher Universitätsdozent für Systematische Theologie an der Berliner Humboldt Universität. Er sieht sich in der Tradition der „Dialektischen Theologie“ Karl Barths und der Theologie Dietrich Bonhoeffers (266). In der ersten Hälfte der 1980er Jahre arbeitete er im Prager Stab der

Christlichen Friedenskonferenz, von 2000 bis 2011 redigierte er die von Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo herausgegebene Zeitschrift *Topos* (vgl. die biographischen Angaben des Verlages nach S. 366 und im Vorwort von Thomas Metscher, 16 f.).

Die Beiträge decken ein breites Themenspektrum ab: politische Interventionen zu Sozialismus und Kapitalismus, zur (biblischen) Anthropologie, Ethik und Utopie, zu Philosophie- und Kirchengeschichte, zu Hegel, Hacks und Brecht, zu Frauenfiguren in der Bibel und zu Stalin – in Form eines Vortrages zum Stalin-Buch Losurdos. Diese Vielfalt, sagen die Autorin und der Autor vielleicht mit einem kleinen Augenzwinkern in der Einleitung ihrer Sammlung, sei „von Theologinnen und Theologen nicht anders zu erwarten“ (26). Das einigende Band in der erscheinenden Disparität sehen sie in der gemeinsamen „Erfahrung einer Niederlage“ des realen Sozialismus in Europa. Sie sprechen von einer „Degression“, einem „evolutionären Rückfall“ (ebd.), ganz so, als sei die Menschheit noch in Naturgeschichte eingeschlossen. Diese Niederlage, die aus Sicht Dieter Krafts „womöglich“ auch den endgültigen Untergang des „Sozialismus in der Weltgeschichte“ besiegeln könnte (175), von beiden als Resultat einer „Konterrevolution“ gesehen (204, 365), fungiert hier aber als hinzunehmender Ausgangspunkt, nicht als Gegenstand von Analysen. An ihre Stelle tritt der Befund, dass ein gesellschaftliches System, das eine neue Art von „Sozialität“ zu realisieren begonnen habe (26), verloren gegangen sei, „vor allem auch aufgegeben und nicht zuletzt auch verraten“ worden (178). Der Vortrag zu Losurdos Buch provoziert die Frage, wann das begon-

nen hat. Dieter Kraft überlässt die Antwort darauf seinen Leserinnen und Lesern, wenn er sie zum Ende seines differenzierten Referates und Kommentars mit der „anachronistischen Frage“ konfrontiert, „was wohl hätte Hegel zu Stalin gesagt?“ (350) Wäre die Paradoxie erlaubt, dem „absoluten Geist“ einen zeitlichen Index, eine Geschichte unterzuschieben, könnte man als Leser/Leserin darauf mit einer Gegenfrage reagieren: Wann? 1929, 1937, 1945 oder 1990/91?

Im analytischen Zentrum der Textsammlung stehen (insbesondere ideologische) Phänomene des global herrschenden, Demokratie und Zivilisation aufs Spiel setzenden „nachbürgerlichen Kapitalismus“ (208), den Fluchtpunkt aber markiert die „Frage nach den Überlebenschancen von Sozialität und Humanität“ (205). An den Gegenwartsanalysen, die meistens in den 1990er Jahren entstanden sind, überrascht zunächst ihre Aktualität, die Kontinuitätslinie zur neuesten Gegenwart. In ihrem Zentrum steht der Beitrag Dieter Krafts zum friedenspolitischen Ratschlag 1994 über „Deutschlands Großmachtambitionen“. Deren Wiedergeburtssurkunden sieht er zutreffend in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 und im Out-of-area-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1994. Wie ‚normal‘ diese Ambitionen inklusive Auslandseinsätze mittlerweile sind, macht die Bemerkung aus dem Jahr 1994 deutlich, dass die Zustimmung dazu bis „zu Teilen der Grünen“ reichte (99). Der Unterschied zu heute ist einer ums Ganze! Zu den wichtigsten ideologischen Phänomenen, die diese Ambitionen begleiten, gehört der Ruf nach nationalen Mythen, die – so zitiert Kraft Herfried

Münkler – den Staatsbürgern zu Orientierung und Zuversicht verhelfen sollen und so als „kognitive und emotionale Ressourcen“ einer militarisierten Politik zur Verfügung stehen (231). Nicht zum ersten Mal in der deutschen Geschichte sollen diese Mythen nicht nur der Kriegsvorbereitung dienen, indem an die Stelle der in Coca-Cola verliebten Bürger der post-heroischen Gesellschaften mehr „zum Selbstopfer bereite Todesvirtuosen“ treten, wie es Münkler 2007 mit faszinierter Abscheu formuliert hat¹, sondern solche ideologischen „Ressourcen“ sollen auch den Mangel an tatsächlichen Ressourcen, der den Wunsch von seiner Realisierung trennt, überbrücken. Es handelt sich, wie Dieter Kraft mit Ernst Cassirer feststellt, wieder einmal um „ver zweifelte Mittel“ (237), mit deren Hilfe die „Botschaft“ an die Stelle der Wirklichkeit tritt. Sie sind unzureichend und gerade deshalb besonders gefährlich.

Die Bedeutung, die die Verfasser ihrem Fluchtpunkt beimessen, der Frage, ob sich „Kräfte entwickeln, die den barbarischen Verhältnissen doch grundlegend Einhalt gebieten können“ (366), zeigt sich darin, dass fast alle geschichtlichen, theologisch-ethischen und philosophischen Beiträge darauf hinweisen, direkt in den jeweiligen Artikeln oder durch die Zusammenstellung mit politischen Interventionen. So weist der Beitrag über Stoa und Gnosis allein durch die Überschrift „Anpassung und Verweigerung“ auf den folgenden Aufsatz darüber, „was [...] wir vom 21. Jahrhundert“ erwarten, nämlich dies: zumindest zu überstehen (180 ff., 203 ff.). Dass

¹ Herfried Münkler, Heroische und post-heroische Gesellschaften. In: Merkur. August 2007, 61. Jg., Heft 700, S. 752.

diese Frage gestellt wird, relativiert den tiefschwarzen wie rätselhaften Pessimismus des Untertitels des Sammelbandes, der von „drei überwältigten Jahrzehnten“ spricht. Wer sollte hier einen Zeitabschnitt „überwältigt“ haben und was soll dies überhaupt bedeuten – überwältigte Jahrzehnte? Soll dies heißen, dass die Zeit im Stillstand erstarrt? Klarer und weniger dramatisch wird in der Einleitung davon geredet, dass 1989 die Protagonisten einer neuen Gesellschaft „überwältigt“ worden sind (und gegebenenfalls wieder aufstehen können). Mit dieser Relativierung des Untertitels wird aber ein Widerspruch in der Argumentation deutlich, der auch andere Beiträge betrifft und daraus resultiert, dass der Habitus individueller Integrität und Standhaftigkeit nur ein problematischer Platzhalter für die gesuchten und notwendigen „Akteure eines neuen Aufbruchs“ (204) sein kann. Die Hoffnung darauf, dass die Besinnung auf einen rationalen Egoismus ‚die‘ Menschen von der Dummheit der Natur- und Weltzerstörung abhalten könnte, bemüht das Fundament des Hobbes'schen Denkens, das kurz zuvor mit nicht immer zutreffenden Argumenten zurückgewiesen worden ist, und ignoriert den eigenen Hinweis darauf, dass der „Egoismus“ der Einzelnen mit seiner Verfestigung zu Klasseninteressen eine neue Qualität bekommen hat (40, 31). Wie aussichtsreich ist der Appell an den rationalen Egoismus angesichts des selektiven Amoralismus (Kurt Bayertz) einer herrschenden Klasse? Dasselbe gilt für das, was Thomas Metscher Dieter Krafts neuen Begriff der Utopie und einen „Grundbegriff unserer Epoche“ nennt (20). So dringlich die Welt ihrer Veränderung bedarf,

Kraft ist Hegelianer genug, um zu wissen, dass ein noch so nachdrückliches Sollen vor der „Kategorie der Vermittlung“ (216) zu bestehen hat und dass alle Utopien mit der ‚Ungeheuerlichkeit‘ zu leben haben, „den Weg zu ihrem Ziel [zu] verschweigen“, es also einen von ihm geforderten „utopischen Eingriff“ gar nicht geben kann (74, 66). Der Text „Über den Begriff der Utopie“ wurde erstmals 1992 veröffentlicht. 2003 erteilt Dieter Kraft dem Vertrauen auf den Gang der Geschichte mit dem Prinzip Hoffnung eine Absage, nennt dieses Prinzip auf symptomatische Weise paradox ein „linderndes Therapeutikum gegen unheilbare politische Depressionen“ (204). Hier nun werden die Entstehungszeiten der Texte doch noch bedeutsam. 1994 spricht Dieter Kraft noch von „der zunehmenden Konturierung der Triade USA-Japan-Europa“ (104). 2013 wird mit einem einzigen Satz in der gesamten Textsammlung darauf aufmerksam gemacht, dass „wir“ gerade erleben, „wie das Reich der Mitte selbst die Neue Welt in den Schatten zu stellen beginnt“ (269). Nicht in der Utopie, sondern hier, in der schmutzigen Wirklichkeit, wären die Akteure zu suchen, die den nachbürgerlichen Kapitalismus bremsen, vielleicht sogar überwinden könnten. Von dieser Möglichkeit beschwingt, könnte man sich, geheilt von scheinbar unheilbaren politischen Depressionen, als staunender Laie an Constanze Krafts historisch-kritischer und materialistischer Bibel-Lektüre und ihrem Brückenschlag zum Werk Peter Hacks' erfreuen. Sie geben den Blick auf eine Zukunft frei, die „der schönen Kunst, der Liebe und der Muße“ gehört (322).

Auf Seite 260 sind mit dem Absatz Wortgruppen verschwunden, sodass der

folgende Text teilweise unverständlich wird. Auf Seite 150 ist von einem „Tor“ die Rede, gemeint ist die Tora.

Hans Otto Röβer

Aufstand im Musterland

Sophia Boddenberg, Revolte in Chile, Unrast Verlag, Münster 2020, 144 Seiten, 14,- Euro.

Sophia Boddenberg lebt seit 2014 in Chile, hat dort zunächst ihren Master in Journalistik gemacht und berichtet seitdem für deutsche Zeitungen und Rundfunkanstalten aus dem südamerikanischen Land. Jetzt hat sie ein Buch über die „Revolte in Chile“ (so der Titel) vorgelegt, das Vorgeschichte, Verlauf und Perspektiven der Ende 2019 nach einer Erhöhung der Metro-Fahrtpreise in Santiago ausgebrochenen Protestbewegung beleuchtet.

Das Buch beginnt mit einer Darstellung der Aktionen, die sich Ende 2019 zunächst gegen die Fahrpreiserhöhungen richteten, sich aber schnell in das ganze Land erfassende Protestwellen gegen das Regime des konservativen Präsidenten Sebastián Piñera verwandelten.

Die Autorin beschreibt dann den Umbau des Landes in einen neoliberalen „Showcase“ der Chicago Boys, politisch abgesichert durch den Repressionsapparat des 1973 etablierten Militärregimes. Sie zeichnet nach, wie das unter General Pinochet etablierte Wirtschaftssystem auch nach der Rückkehr zur Demokratie 1990 als „alternativlos“ beibehalten und konsolidiert wurde. In den beiden folgenden Abschnitten schildert sie detailliert den Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und staatlichem Repressionsapparat Ende 2019/Anfang 2020.

Es folgt ein Kapitel über die verheerenden Folgen des Ausverkaufs des Landes an Rohstoffkonzerne und große Agrarunternehmen im Norden und Süden Chiles, die das Wasser monopolisieren, Boden und Meer vergiften und so den dortigen Bauern und Fischern ihre Lebensgrundlage nehmen. Auch hier wie in den vorgehenden Abschnitten referiert Boddenberg nicht nur nüchtern die Fakten, sondern gibt auch zahlreichen Betroffenen eine Stimme.

Schließlich folgt der interessanteste Abschnitt, „Von der Nachbarschaftsversammlung zur Verfassungsgebenden Versammlung“. Hier wird gezeigt, wie aus dem Protest gegen unzumutbare Lebensbedingungen und staatliche Repression der Wunsch erwächst, „gemeinsam neue Lebensformen aufzubauen und den gesellschaftlichen Wandel sowie den verfassungsgebenden Prozess aktiv mitzugestalten“ (120).

Die politisch wichtigste Erkenntnis der Revolte formuliert sie im Schlusskapitel: „Es sind weder Parteien noch Gewerkschaften, die diese Bewegung antreiben, sondern die Nachbarschaftsversammlungen, die indigenen Völker, die Landbevölkerung und die feministische Bewegung“ (129).

Der Text ist „eine Ansammlung von Erfahrungen, Reflexionen und Gesprächen, die ich durch meine Arbeit als Journalistin und auch als Bürgerin, als Freundin und Nachbarin in Chile gemacht habe“ (11). Diese Authentizität ist die Stärke des Buches, sie macht den Erfahrungshorizont der Akteure des Aufstands begreifbar. Positiv ist auch zu vermerken, dass sie auf wohlfeile Kritik an den teils militanten Aktionsformen der Revolte verzichtet.

Manchmal führt das Eingebettetsein der Autorin in den Gegenstand ihrer Beschreibung zu Überhöhungen. Beispielsweise gibt sie an einer Stelle enthusiastisch die Aussage eines Lehrers wieder, den sie bei einer Protestveranstaltung trifft: „Wir sind glücklich. Wir glauben, dass wir die Möglichkeit haben, die Sensibilität und die Zärtlichkeit zwischen den Menschen zurückzugewinnen... Die Jungen treffen die Alten und wir merken, dass wir dieselben Träume haben. Es ist eine wunderschöne Zeit und wir genießen jeden Tag“ (83). Diese Romantik der Revolte birgt Enttäuschungspotential.

Das Manuskript wurde vor der Abstimmung über die Erarbeitung einer neuen Verfassung fertiggestellt, Bodenberg zitiert eine Umfrage aus dem August 2020, nach der 77 Prozent für eine neue Verfassung stimmen wollen. Am Ende waren es mehr als 78 Prozent. Das lässt hoffen, dass tatsächlich „aus dem Labor des Neoliberalismus das Labor seines Umsturzes“ (11) wird.

Karl-Heinz Gatterdam

Aufstieg und Niedergang „progressiver Regierungen“

Klaus Meschkat, Krisen progressiver Regime. Lateinamerikas Linke und das Erbe des Staatssozialismus. Eine Flugschrift, VSA-Verlag, Hamburg 2020, 112 S., 10 Euro

Über den Aufstieg und Niedergang „progressiver Regierungen“, die in einigen Ländern Lateinamerikas von ca. 2000 an bis etwa 2015/16 auf der politischen Bühne im Vordergrund standen, ist mittlerweile viel, auch Kontroverses geschrieben worden. Zweifelloso dürfte eine adäquate Erklärung

für Misserfolge progressiver Regierungen sich nicht auf *einen* als entscheidend hervorgehobenen „Kausalfaktor“ konzentrieren. Vielmehr hätte eine differenzierte und theoretisch akzeptable Annäherung an eine befriedigende Beantwortung nicht nur externe und interne politische und ökonomische Determinanten, sondern auch sozialstrukturelle und soziokulturelle Momente mit einzubeziehen sowie die unterschiedlichen Zeitdimensionen (langfristig, kurzfristig) und ihr besonderes Zusammenwirken zu thematisieren. Dies ist gewiss kein leichtes Unterfangen.

Daher ist die Intention von Klaus Meschkat durchaus legitim, sich auf „die inneren Gründe“ des Niedergangs zu konzentrieren. (Dass es mittlerweile zu einer „Wiederkehr“ von „abgetretenen“ Linksregierungen – in Argentinien und Bolivien – gekommen ist, konnte nicht mehr berücksichtigt werden.) Auf jeden Fall war man auf die neueste Publikation des Nestors der politischen Soziologie Lateinamerikas, der schon über fünfzig Jahre sowohl zu diesem Subkontinent als auch zur „Kommunistischen Internationalen“ (Komintern) forschet, gespannt. Seine im Untertitel anklingende Zentralthese lautet, dass das „Erbe des Staatssozialismus“ vor allem für die Schwächung und den Abtritt der Linksregierungen in Lateinamerika verantwortlich sei; diese These wird gegenüber anderen möglichen Kausalfaktoren/Determinanten nur in geringem Maße relativiert. „Die Ideologen der ‚progressiven Regime‘ übernehmen die von der Komintern eingeführten Denkmuster, meist ohne deren Herkunft klar zu benennen oder gar zu hinterfragen. Deshalb ist es zum Ver-

ständnis der gegenwärtigen Situation einer weitgefassten ‚Linken‘ unerlässlich, sich auf ihre Geschichte zu besinnen und die Herausbildung immer noch vorherrschender Grundüberzeugungen bis zur Zeit ihrer Entstehung zurückzuverfolgen.“ (15)

Das Buch zerfällt in zwei Teile. Im ersten (17-44) schildert und analysiert der Autor sachkundig den Einfluss der Oktoberrevolution auf Lateinamerika, die Entstehung der „Kommunistischen Internationale“ und von ersten kommunistischen Parteien auf diesem Subkontinent. Mit Beginn der immer deutlicher werdenden Dominanz Stalins seit Ende der 20er Jahre kommt es zu einer stärkeren Zentralisierung der Komintern, zu willkürlichen Ausschüssen, zum Niedergang von parteiinternen Diskussionen sowie zu abrupten, sektiererischen politischen Wendungen (ultralinke Wende seit 1928/29) und Rückwendung seit 1935 (Volksfrontkonzept bis hin zu Empfehlungen der Selbstauflösung mancher kommunistischer Parteien), was insgesamt eine verhängnisvolle Wirkung auf die kommunistische Bewegung und Parteien in Lateinamerika hatte: Selbstisolierung, Einflussverlust, Mitgliederrückgang waren die Folgen, sodass die kommunistischen Parteien nach 1945 in fast allen Ländern (mit Ausnahme von Chile und teilweise Kuba) bedeutungslos geworden waren.¹

¹ Der natürlich auch von Meschkat rezipierte Boris Goldenberg resümiert in seinem bezüglich der umfassenden Empirie bis heute nicht übertroffenen Werk: „Der Mißerfolg wird sichtbar an den kleinen Mitgliederzahlen der kommunistischen Parteien, an der Zersplitterung der kommunistischen Bewegung und an ihrem geringen Einfluß auf die

Im zweiten Teil (49-88) wird ein geraffter Überblick über die Linkswende in Venezuela seit 1998 und die Etappen und Ziele der Regierung von Hugo Chávez gegeben; zu Recht hebt der Verf. die bedeutenden Erfolge in den ersten Jahren hervor: Neue, wesentlich progressivere Verfassung, Demokratisierungsfortschritte, Armutsbekämpfung; Verbesserungen in Bezug aufs Bildungs- und Gesundheitswesen etc. Den Beginn des Niedergangs sieht er um 2006, als ohne breite Debatte eine – der Tendenz nach – Einheitspartei der Linken aus der Taufe gehoben wird, und dies mit Erscheinungen einhergeht, die Meschkat schon in der Kommunistischen Internationale hat auftreten sehen: Zentralisierung, Bürokratisierung, Entdemokratisierung, Diffamierung/Ausgrenzung politischer Gegner (auch im eigenen Lager), Personenkult/Führergläubigkeit etc. Einige Bemerkungen werden auch zu Bolivien und Ecuador gemacht, als den Fällen von „Linkswende“ in Lateinamerika, die dem Beispiel Venezuela am nächsten standen. Auch in diesen Ländern sieht er ähnliche Defizite aus analogen Gründen wie in Venezuela. Angesichts des knappen zur Verfügung stehenden Raums sind die beiden Teile und ihre Thematiken in ihrer Komprimierung und ihrem Informationswert – jeder für sich genommen – als sehr gelungen, sogar als brillant zu qualifizieren. Die Frage ist allerdings, und das betrifft die Zentralthese Meschkats, was sie mit-

Gesellschaft und die Politik der Länder des Subkontinents.“ (Boris Goldenberg: *Kommunismus in Lateinamerika*, Stuttgart 1971, S. 524). Das hätte eigentlich zu denken geben müssen.

einander zu tun haben. Aus mehreren Gründen sehe ich fast überhaupt keine Beziehungen bzw. allenfalls nur konstruierte, gedankliche Zusammenhänge, die realgeschichtlich kaum nachweisbar sind. (Und auch von den heutigen Akteuren nie thematisiert oder propagiert wurden.)

Einmal liegen die beiden Zeitphasen, um die es im Teil 1 und Teil 2 geht, teilweise bis zu hundert Jahre auseinander, was schon für sich genommen dagegen spricht, dass hier eine direkte Kausalbeziehung vorliegen könnte. Zum Zweiten ist festzuhalten, dass die in Lateinamerika entstandenen kommunistischen Parteien der zwanziger und dreißiger Jahre (in Venezuela Gründung der KP erst in den 40er Jahren) in der Regel isoliert, klein und einflusslos geblieben sind², nicht zuletzt infolge ihrer fehlerhaften, sektiererischen und „ferngesteuerten“ Politik. Drittens werden von Meschkat die populistischen Strömungen und Volksbewegungen kaum erwähnt, obwohl sie teilweise mit linken Programmatiken und Zielen auftraten, und in Argentinien, Mexiko, Brasilien, Peru etc. einen mehrfach größeren Einfluss hatten als die kommunistischen Parteien und zum Teil sogar an die Regierung kamen. Viertens bleiben die Veränderungen und Differenzierungen innerhalb des linken Lagers in der Nach-Stalin Ära kaum erwähnt. Die Debatten über die kubanische (1959) und sandi-

nistische Revolution (1979) und die dabei weitgehende Abwesenheit der kommunistischen Parteien reduzierten deren Einfluss noch mehr. Castristische, trotzkistische und maoistische Gruppierungen/Strömungen waren in bestimmten Phasen – je nach Land – weitaus bedeutender und vielfach prägender als die traditionellen kommunistischen Parteien.³ Es scheint plausibel zu sein, dass aus all diesen Gründen von einem ausschlaggebenden Einfluss des „Staatssozialismus“ oder marxistisch-leninistischer Parteien Moskauer Orientierung auf die gegenwärtigen Linksregierungen in Lateinamerika nicht ernsthaft gesprochen werden kann.

In seinen bilanzierenden Schlussbemerkungen insistiert Meschkat noch einmal auf dem hohen Erklärungswert seiner Zentralthese und weist Überlegungen darüber, dass Elemente der „politischen Kultur“ Lateinamerikas auch eine erhebliche Bedeutung (neben vielen anderen Faktoren) gespielt haben könnten, schroff zurück (97), obwohl er selbst den Einfluss von „Caudillismo“ und anderen kolonialen Überresten durchaus sieht. Diese und andere Verhaltenselemente, die Meschkat der Komintern zuweist, können wahrscheinlich mit größerem Recht als Teil der „politischen Kultur“ des Subkontinents aufgefasst werden. Dass extreme Gewalt, Macho-Kult, Feminizide, Korruption, Mängel langfristiger Planung etc. in Lateinamerika statistisch deutlich überproportional auftreten, lässt sich wohl kaum bestreiten.

Alles in allem, ein Buch, das als zwei

² Was der Verfasser selbst an verschiedenen Stellen bemerkt: „Während die APRA (populistische Partei in Peru, D.B.) mit dem Beginn der 1930er Jahre zu einer Massenpartei aufstieg, blieben die Anhänger der Kommunistischen Internationale in den meisten lateinamerikanischen Ländern isoliert.“ (32)

³ Vgl. z.B. Michael Löwy, *Marxismus in Lateinamerika 1909-1987*, 2. überarb. u. erw. Ausgabe, Frankfurt 1988, S. 55-83.

unterschiedliche Artikel gelesen sehr interessant und informativ für viele LeserInnen sein kann, das aber als Gesamtheit sowie als Darstellung und Beleg einer Zentralthese (siehe Untertitel) kaum zu überzeugen vermag.

Dieter Boris

Das 1,5°C-Ziel verlangt eine ökosozialistische Revolution

Christian Zeller, Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen. Oekom Verlag München 2020, 242 S., 22 Euro

Christian Zeller präsentiert einen gelungenen Aufschlag für eine konkrete ökosozialistische Strategiedebatte, der in erste Linie als Intervention für die Klimajugendbewegung zu verstehen ist. Diese scheint an einem Scheideweg zwischen vollständiger Integration in den (links)grünliberalen Parlamentarismus und einer Radikalisierung zu stehen. Die Betonung der Zentralität der Ökonomie, von Arbeit und deren kapitalistische Organisationsprinzipien für das gestörte gesellschaftliche Naturverhältnis ist daher die richtige Nachricht zur richtigen Zeit. Der Klimabewegung bescheinigt er die Tragweite des 1,5°C-Ziels und die Größe des notwendigen gesellschaftlichen Umbaus, die dessen Einhaltung erzwingt, dramatisch zu unterschätzen (8ff.). Reduktionsszenarien, die auf einer deutlichen temporären Überschreitung des 1,5°C-Ziels und dem massiven Einsatz von Geoengineering beruhen, gleichen einer völlig fahrlässigen Wette auf die Zukunft der Menschheit als Zivilisation, zum Schutze des Status Quo. So bleibt als einzig verantwortungsvoller

Weg das Szenario P1 des IPCC, welches rasche und radikale Eingriffe in die bestehenden Produktions-, Transport und Konsumstrukturen, also einem massiven industriellen Um- und Rückbau in den wichtigsten kapitalistischen Ländern vorsieht (15ff.).

Das bedeutet nichts weniger als einen Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise (10), unter deren Bedingungen die Transition zu erneuerbaren Energien nicht rasch und umfangreich genug erfolgen könne und unter deren Bedingung der industrielle Um- und Rückbau, selbst wenn er politisch durchgesetzt werden könnte, mit einer massiven Kapitalentwertung, mit Krise und Arbeitslosigkeit verbunden wäre. Um weniger und anders produzieren zu können muss die Macht des Kapitals über die gesellschaftliche Investitionsfunktion, über Produktion und Reproduktion, in einem Akt der Selbstermächtigung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten gegenüber der bürgerlichen Klasse, gebrochen werden (12). Das erfordert einen massiven Wandel der Kräfteverhältnisse.

Auf Grundlage primär ökomarxistischer Theoriebildung wird überzeugend dargelegt, warum substantielle Nachhaltigkeit im Kapitalismus nicht zu haben ist und warum die gesellschaftliche Organisation von Arbeit (auch nicht formalisierte Arbeit) und *Klasse* im Zentrum einer Nachhaltigkeitsrevolution stehen müssen (Kapitel 3). Kapitalistische Akkumulation beruht dabei nicht nur auf der Ausbeutung von Lohnarbeit im Wertbildungsprozess, sondern ebenso auf der Aneignung unbezahlter Reproduktionsarbeit und damit einhergehend Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen (37ff.) sowie der systemati-

schen Plünderung und Verschmutzung der Natur im Verwertungsprozess (28ff.). Arbeit ist von den Zwängen der Profitorientierung und damit vom naturzerstörerischen Zwang zur maßlosen Produktivitätssteigerung zu befreien und die gesellschaftliche notwendige Arbeitszeit (Lohnarbeit sowie Nichtlohn-Arbeit) muss im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit und eines sozialverträglichen Wirtschaftsumbaus gerecht verteilt werden.

Den strategischen Kern seiner in trotzkistisch-rätekommunistischer Tradition stehenden Perspektive, bildet die Methode, Strategie und Praxis der demokratischen gesellschaftlichen Aneignung (Kapitel 4). Das explizit positiv hervorzuhebende Anliegen des formulierten Übergangsprogramms, das sich zwischen einem ökologisch völlig unzureichendem realpolitischen Minimalismus und einem abstrakten ohnmächtigen Revolutions-Maximalismus bewegt, ist es, an den konkreten sozialen Erfahrungen und Interessen der Menschen als Klassenangehörige anzusetzen, um die Kluft zwischen objektiv notwendigem und dem derzeitigen Organisation- und Bewusstseinsstand der Mehrheit der Lohnabhängigen zu überbrücken. Im sozialen Kampf kommt die politisch und kulturell stark fragmentierte Klasse der Lohnabhängigen zu Klassenbewusstsein, Organisationsstrukturen und formiert sich als politischer Akteur selbst. Ziel dieser Perspektive wäre es, eine auf einer enormen Mobilisierung der Lohnabhängigen in Gewerkschaft und sozialen Bewegungen gestützte und kontrollierte Reformregierung zu wählen, die sozial-ökologische Strukturereformen anschieben würde, um in den anschließenden heftigen Klassen-

kämpfen vor der Entscheidung eines fundamentalen Bruchs oder einer Kapitulation vor dem Druck des internationalen Kapitals zu stehen. Das entscheidende sind in dieser Revolutionsperspektive die Strukturen gesellschaftlicher Selbstverwaltung, die in einer zeitlich begrenzten Situation der Doppelmacht, eine größere Legitimität genießen als der Staatsapparat (201) und die gesellschaftliche Aneignung letztlich durchsetzen. Die Übergangsforderungen versuchen den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft ganz konkret zu denken, vom Umbau der Produktion (Kapitel 5), dem Umbau der Städte und der gesellschaftlichen Infrastruktur (Kapitel 6), dem Umbau der Finanzierung (Kapitel 7) und der Frage nach transnationalen politischen Verflechtungen und globaler Solidarität (Kapitel 8). Kapitel 9 widmet sich Überlegungen einer demokratischen, ökologischen und effizienten Planwirtschaft.

Im Kontrast zum sehr differenzierten, strategischen und doch radikalen Realismus, wirkt das stete Insistieren darauf, dass alle emanzipatorischen Schritte nur funktionieren können, wenn sie global, oder mindestens transnational forciert werden, etwas befremdlich. Selbstverständlich kann eine vollständig emanzipatorische Perspektive nur in einer globalen ökosozialistischen Demokratie bestehen und transnationale Kämpfe sind zu forcieren. Die Transnationalität allerdings zur Bedingung zu erheben, bleibt bei den fundamentalen Schwierigkeiten transnationaler Klassenorganisation, der anzunehmenden Ungleichzeitigkeit weltweiter politischer Entwicklung und der Persistenz nationalstaatlicher Steuerungskompeten-

zen, kapitalistischer Weltmarktwänge und Imperialismus etwas utopisch. Vage bleibt auch die Frage, wie die politische Einheit der Klasse, die verschiedenen sozialen Bewegungen und Stränge der gesellschaftlichen Aneignung organisiert (und nicht nur mobilisiert) und zusammengeführt werden, um ein gesamtgesellschaftliches Machtzentrum bilden zu können. Wer sind ihre Träger? Welche verschiedenen Machtressourcen haben welche Akteure? Sowohl die Diskussion der Organisationsfrage als auch das analytische und politisch-strategische Verhältnis der verschiedenen Widersprüche und Emanzipationsbereiche zueinander bleiben unterbelichtet. Zellers Argumentation durchzieht die These, die allerdings kaum explizit gemacht wird, dass *Klasse* aus theoretischen politisch-strategischen Gründen im Zentrum einer ökosozialistischen Strategie stehen müsse (Ableitung patriarchaler Arbeitsteilung und des fossilistischen Arbeitsproduktivitätssteigerungszwangs aus dem Kapital-Arbeit Widerspruch; Zentralität des industriellen Umbaus durch die Beschäftigten selbst und Streikmacht als Schlüsselmachtressource). Aufgrund der unzureichenden ökonomischen Binnendifferenzierung der Arbeiter*innenklasse (36) geraten außerdem mögliche Interessensdifferenzen innerhalb dieser und damit auch zwischen verschiedenen Selbstverwaltungsstrukturen aus dem Blick.

Für die aktuelle Debatte ist das Buch äußerst hilfreich, da es mit der Kategorie des durch Arbeit vermittelten Stoffwechsels Perspektiven aufzeigt, Klimapolitik als Klassenpolitik konkret erfahrbar machen zu können, um so eine weitergehende Politisierung

voranzutreiben und für die Klimabewegung neue Allianzen, Mitstreiter*innen und Machtressourcen zu finden. Das Buch ist allen ökologisch orientierten Gewerkschafter*innen und Klimaktivist*innen zu empfehlen, die nach Wegen suchen die Parole der Klimabewegung *System Change not Climate Change* mit Leben zu füllen und in konkrete Forderungen und strategische Überlegungen zu gießen.

Hans Rackwitz

Arbeit der Tiere

Charlotte E. Blattner, Kendra Coulter, Will Kymlicka (Hg.), *Animal Labour: A New Frontier of Interspecies Justice*, Oxford University Press, Oxford, 2020, 256 S., £ 65,00

In der akademischen Erforschung der Mensch-Tier-Verhältnisse bildet sich seit fünf bis zehn Jahren ein wissenschaftlicher und politischer Diskurs rund um das Thema „Arbeit“ von Tieren heraus. Was sich für Marxisten zunächst abenteuerlich anhören mag, ist nicht nur durch die reale Praxis (Spür- und Blindenhunde, Therapiepferde, Nutztiere usw.), sondern auch durch die ethologischen Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte zur sozialen Kooperation, (Meta)Kognition, Werkzeugherstellung, zum sozialen Lernen, Werkzeuggebrauch, planvollen Handeln usw. von Tieren zunehmend weniger strittig. Arbeit ist kein anthropologisches Alleinstellungsmerkmal. Ausgehend von dieser Erkenntnis leuchten die Autoren aller zehn Beiträge der Anthologie die Arbeit von Tieren als Feld politischer Gerechtigkeit und potenzieller Solidarität zwischen den Spezies aus.

Wissenschaftstheoretisch und -politisch stellen die Herausgeber in der Einleitung ihren Band in die Tradition der Diskurse und Politikansätze zu nicht-bezahlten Formen menschlicher Arbeit. Ebenso wie bei weiblicher Hausarbeit oder im Falle der Arbeit von Menschen mit Beeinträchtigungen gälten tierische Formen der Arbeit nicht als solche, sodass Tiere ausgeschlossen und zum Gegenstand von Ausbeutung würden. Andererseits böte die Arbeit, die Tiere schon leisteten, einen Ansatzpunkt, für deren Anerkennung zu streiten. Korrespondierend zu diesen zwei Betrachtungen gäbe es bisher eine deskriptive Herangehensweise an das Problem der Tierarbeit, mit dem der Ist-Zustand dargelegt wird, und eine normative, mit der das Sein-Sollen auf Basis des sozialen Gebrauchswerts der Tierarbeit für sie und für die Menschen entwickelt wird. Die Herausgeber konzentrieren sich vor allem auf den normativen Wert der Tierarbeit zur Bildung eines neuen wissenschaftlichen und politischen Paradigmas, mit dem ein dritter Weg zwischen Tierschutz- und Tierbefreiung eingeschlagen werden könne, der Tieren im Hier und Jetzt Verbesserungen bringt.

Angesichts dieses Zuschnitts überrascht es wenig, dass in mehreren Essays *Arbeitsbegriffe* Gegenstand der Analyse sind. Denn, so die Logik, mit dem richtigen Terminus lasse sich auch die Tierarbeit einfangen und auf ihrer Basis eine Besserstellung der arbeitenden Tiere begründen. Zur Abgrenzung dient hier vor allem der Arbeitsbegriff von Marx. Omar Bachour widmet ihm gleich einen ganzen Beitrag. Er versucht anhand der *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte aus dem Jahre 1844* nachzuweisen, dass Marx'

frühe Entfremdungstheorie auf einem Verständnis von Arbeit beruht, dass in Abgrenzung zu Tieren entwickelt worden und deswegen auch nicht auf Tiere übertragbar sei. Der Artikel besitzt insofern eine gewisse Brisanz, als dass kritische Mensch-Tier-Forscher diese Übertragung des Entfremdungsbegriffs seit Ende der 1980er-Jahre vornehmen und jüngst auch gezeigt wurde, dass Marx' Arbeitsbegriff in den Pariser Manuskripten nicht humanistisch i.S.v. anthropozentrisch, sondern sozial-relational ist und Marx ihn mit Blick auf die soziale Form der Arbeit im Kapitalismus entwickelt. An Bachours Diskussion zeigt sich zudem ein generelles Problem, auf das man wiederholt im Band stößt: Arbeit wird als physische Tätigkeit abstrahiert von eben jener für Marx zentralen sozialen Form behandelt. Derart verkürzt wird Marx' methodische und vom Gegenstand geleitete Differenzierung zwischen menschlichen und tierischen Formen der Arbeit im Frühwie auch im Spätwerk nahezu zwangsläufig missverstanden.

Das Fehlen eines marxistischen Arbeitsbegriffs zeigt sich etwa in Kendra Coulters Aufsatz. Die kanadische Arbeitsforscherin plädiert für „humane Jobs und ein humanes Arbeitsleben“ (29) bereits domestizierter Tierarten und einzelner Tierindividuen. Ihre Arbeitsplätze müssten „gut“ (35) für sie sein, womit zahlreiche Tätigkeiten wie etwa in Mastfabriken wegfielen. Außerdem dürfte sich die „gute“ Behandlung nicht nur auf die Arbeitszeit beschränken, sondern müsste auf die Freizeit ausgedehnt werden. Da es Beispiele für solche „gute“ Tierarbeit gäbe, sei es auch eine Fehlannahme, dass sich jedwede Arbeit für Tiere durch Herrschaft und Ausbeutung auszeich-

ne. Das Verständnis von Arbeit ist hier nur phänomenologisch und schließt erst recht nicht an eine Ausbeutungs- und Herrschaftstheorie an, welche vom Kapitalverhältnis ausgehend andere Formen der Ausbeutung und Herrschaft erschließt. Coulter ist daher scheinbar der Auffassung, dass Tiere Lohnarbeit verrichten sollten und artgerechte Lohnarbeit „gute Arbeit“ für Tiere sei. In Charlotte Blattners Beitrag, in dem die Schweizer Rechtswissenschaftlerin maßgeblich konkrete Methoden auslotet, wie man bestimmen könnte, welche Arbeit Tiere verrichten möchten und welche nicht, wird die letztlich unkritische Haltung gegenüber der Lohnarbeit zugespitzt. Die Autorin stellt die „Zwangsarbeit“ für Tiere der „freien Arbeit“ der Menschen (93) derart gegenüber, dass erstere mit der für Tiere spezifischen Überausbeutung und letztere mit Lohnarbeit identifiziert wird.

Alasdair Cochranes Text zu Kriterien „guter Arbeit für Tiere“ weist über dieses Problem hinaus noch ein weiteres auf. Der britische Politikwissenschaftler bestimmt zwar genauer als Coulter, unter welchen Umständen er die Arbeit von Tieren als sinnvoll erachtet. Sie sei vertretbar, wenn sie Tieren Vergnügen bereitet, Tiere ihre Agency ausleben können und diese als wertvolle Arbeitskräfte geschätzt werden, die Teil ihrer Gemeinschaft sind. Cochrane begreift jedoch, wie viele Autoren des Bandes, den Ausschluss tierischer Arbeitsformen aus der heute vorherrschenden Form sozialer Arbeit liberal verkürzt als politisch-normatives Anerkennungsproblem innerhalb des Kapitalismus und nicht als Problem sozio-ökonomischer Beziehungen und des Klassenkampfes, das über die kapitalis-

tische Gesellschaftsformation hinausweist. Entsprechend argumentiert Cochrane unter Abstraktion fehlender Fähigkeit von Tieren, an den bürgerlichen Sozialbeziehungen partizipieren zu können, dass man „Anstrengungen unternehmen“ müsse, damit „Gesellschaften die von Tieren geleistete Arbeit anerkennen, mit Wert ausstatten und wertschätzen“ und so die Basis für „die Mitgliedschaft arbeitender Tiere“ in der Gesellschaft „etabliert und gesichert“ (62) wird.

Die Behauptung, dass die Anerkennung von Tierarbeit zu einer sozialen Transformation führe, „die These der Arbeit-Anerkennung-Transformation“ (139), wird im lesenswertesten Essay des Buchs von Jessica Eisen zumindest politikwissenschaftlich und mit Bezug zur realen Praxis der Agrarindustrie in Zweifel gezogen. Die Rechtswissenschaftlerin vertritt, dass insbesondere bei landwirtschaftlichen „Nutztieren“ die Anerkennung der Tierarbeit zur Normalisierung der Tierausbeutung mit minimalen Verbesserungen und der miserablen Lage der Arbeiter in der Landwirtschaft führen könnte. Diese Einwände wiegen besonders schwer, weil die Agrarindustrie, wie die Autorin zeigt, sowohl bei Tierschutzbestimmungen als auch bei den Arbeitsrechten schon über eine Sonderstellung zulasten von Tieren und Arbeitern verfügt und weil es sich bei den landwirtschaftlichen Nutztieren um die mit Abstand größte Gruppe der arbeitenden Tiere in der kapitalistischen Gesellschaft handelt. Ein „Weißwaschen“ (146) der verschiedenen Ausbeutungsformen von Arbeitern und Tieren sei daher weder im Interesse der Lohnabhängigen noch der Tiere.

Christian Stache

Das Gift der Ungleichheit

Dierk Hirschel, Das Gift der Ungleichheit, Dietz, Bonn 2020, 256 S., 22 Euro

Die Corona-Pandemie, die die Welt seit Anfang 2020 in Atem hält, steht auch für die Krisenanfälligkeit des globalen Kapitalismus, der im 21. Jahrhundert vermehrt mit umfassenden Krisen – Finanzkrisen, Klimawandel, wachsende Ungleichheit – konfrontiert ist. Die gesellschaftliche Linke kann diese Krisensituation bisher kaum für sich nutzen, stattdessen gewinnen in vielen Ländern rechtspopulistische Bewegungen und Parteien an Zulauf. Mit welchen umfassenden Veränderungen und Krisen wir es zu tun haben, wie es um die verschiedenen Organisationen und Institutionen bestellt ist, die dem Kapitalismus im 20. Jahrhundert Grenzen gesetzt haben und welche progressiven Alternativen bestehen, diskutiert Dierk Hirschel, Leiter des Bereichs Wirtschaftspolitik in der ver.di-Bundesverwaltung und Mitglied der Grundwertekommission der SPD, in seinem lesenswerten Buch.

Hirschel widmet sich zunächst eingehend den multiplen Krisen, die der Kapitalismus produziert hat. In der Coronakrise macht er als ein zentrales Problem die über Jahrzehnte mittels neoliberaler Politik geförderte chronische Unterfinanzierung des Gesundheitswesens aus. In Deutschland wurde in den Krankenhäusern die Bettenkapazität in den letzten Jahrzehnten deutlich reduziert, außerdem ist mittlerweile jedes dritte Krankenhaus in privater Hand. Ausführlich beschäftigt sich Hirschel mit der im globalen Maßstab gewachsenen Ungleichheit. Mit viel interessantem Zahlenmaterial

wird die Zunahme der Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen dokumentiert. Für Hirschel ist diese Entwicklung wesentlich das Ergebnis politischer Entscheidungen. Deregulierungen am Arbeitsmarkt wie im Rahmen der Agenda 2010 schwächten die Gewerkschaften und den Sozialstaat, leisteten ihren Beitrag zu mehr Ungleichheit. Den Klimawandel macht Hirschel als weiteres zentrales Krisenmoment aus und sieht für diesen systemische Ursachen: „Die kapitalistischen Produktions- und Konsummuster sind ökologisch blind.“ (37) Die bisherige Klimapolitik, die auf grünes Wachstum und Handel mit Verschmutzungsrechten setzt, werde den großen klimapolitischen Herausforderungen nicht gerecht und könne etwa die Wirkungen von Reboundeffekten nicht verhindern. Die Krise der Demokratie, die sich in sinkender Wahlbeteiligung insbesondere der Bezieher*innen niedriger Einkommen manifestiere sowie die Zunahme von Flucht- und Migrationsbewegungen sieht Hirschel als weitere große Herausforderungen.

In den nächsten beiden größeren Abschnitten vertieft Hirschel die Analyse in dem er danach fragt, welche großen Entwicklungen der Krisenhaftigkeit zugrunde liegen. Dabei beschäftigt er sich erstens damit, wie der von ihm in Anlehnung an Michel Albert als „Rheinischer Kapitalismus“ charakterisierte Kapitalismus in Deutschland mittels Finanzialisierung, Globalisierung und Digitalisierung transformiert wird. Zweitens setzt er sich ausführlich mit verschiedenen Analysen zu auch in diesem Kontext stehenden Veränderungen innerhalb der Klassengesellschaft auseinander. Dabei bezieht sich

Hirschel insbesondere auf die Arbeiten des Soziologen Michael Vester, der Verschiebungen in lebensweltlichen Milieus in Kombination mit veränderten Arbeitslogiken und Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt analysiert. Hirschel fragt danach, welche Milieus bestehen, wie sich die Gewichte zwischen ihnen verschieben und welche Werte und Einstellungen in ihnen dominieren. Seine Analyse kulminiert in der Schlussfolgerung, dass um Mehrheiten für eine sozial-ökologische Reformpolitik zu erhalten, „die Haltung der traditionellen unteren und mittleren Arbeitnehmermilieus (...), die bis zu 30 Prozent der Bevölkerung versammeln (entscheidend sei). Sie wollen gute Arbeit und mehr soziale Sicherheit. Dort wird sich künftig entscheiden, wohin unsere Republik steuert.“ (116f.)

Bevor Hirschel sich mit politischen Alternativen zum diagnostizierten beschäftigt, widmet er sich der Krise der Gegenkräfte und Institutionen. Er kritisiert die neoliberale Politik der Entstaatlichung mittels Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen, insbesondere durch die Schröderregierung, den öffentlichen Investitionsstau, Zweiklassenmedizin und die Rückkehr der Altersarmut durch Rentenkürzungen. Zusätzlich wurden die Gewerkschaften geschwächt, sowohl durch rückläufige Mitgliederzahlen als auch eine sinkende Tarifbindung. Schließlich kritisiert Hirschel die Entwicklung seiner eigenen Partei, der SPD. Die Agenda 2010 bilde eine Erblast, unter der die Partei bis heute leide. Ihr fehle es aktuell an einem wirtschafts- und sozialpolitischen Konzept, gesellschaftlicher Verankerung und Mobilisierungsfähigkeit.

Angesichts dieser klaren wie düsteren Analyse stellt sich die Frage, welchen Inhalt, welche Träger und vor allem Strategien für eine von ihm präferierte linke, sozial-ökologische Reformkoalition in Deutschland Hirschel sieht. In den abschließenden Kapiteln widmet er sich dieser Frage. Zunächst werden zentrale Akteure einer solchen möglichen Koalition vorgestellt und welche Anknüpfungspunkte in deren Praxis zu finden seien. Die Gewerkschaften etwa bemühten sich um Erneuerung durch neue Strategien der Organisierung und vermehrte Arbeitskämpfe etwa im Dienstleistungsbereich. Hirschel plädiert zur Revitalisierung der Gewerkschaften unter anderem für eine Erweiterung ihres politischen Mandats: „Bezahlbarer Wohnraum, armutsfeste Renten, kostenlose Gesundheitsversorgung und Klimaschutz sind Themen, welche die Gewerkschaften zukünftig stärker bearbeiten sollten.“ (185) Von der SPD fordert Hirschel eine programmatische Neuaufstellung und verbesserte gesellschaftliche Verankerung, außerdem wird auf Entwicklungen in der Partei Die Linke sowie in Umwelt- und weiteren sozialen Bewegungen verwiesen.

Auffallend ist aber insbesondere, dass Hirschel die Grünen links liegen lässt und nicht analysiert. Aber die von ihm präferierte Reformkoalition ist ohne die Grünen nicht mehrheitsfähig. Zwar wird zum Schluss des Buches auch noch auf die Grünen als Teil einer solchen Koalition verwiesen und gesagt, dass diese und die anderen zuvor dargestellten Akteure mehr verbinde als trenne. Allerdings zeigt sich bisher deutlich, dass sich die Grünen nicht auf einen Lagerwahlkampf einlassen werden, da sie in Teilen tief in neubürgerlichen Milieus verankert

sind. Diese dürften aber mit der von Hirschel präferierten Konzeption einer wirtschaftsdemokratischen Orientierung beim sozial-ökologischen Umbau wenig am Hut haben und wohl eher von schwarz-grün träumen.

Martin Beckmann

Die Autonomie der lohnabhängigen Klasse stärken

Kollektiv „AngryWorkers“, Class power on Zero-Hours, London 2020, 387 Seiten, 10,00 Euro, in englischer Sprache

Mit dem Buch liefert das Kollektiv „AngryWorkers“ aus London einen politökonomisch informierten Beitrag zur Entwicklung zeitgemäßer Klassenpolitik. Als Mitglieder der syndikalistischen Basisgewerkschaft Industrial Workers of the World und inspiriert von Streiks der kämpferischen Gewerkschaft Si Cobas im Logistiksektor Italiens beginnen die Mitglieder der Gruppe im Jahr 2014, als Betriebsaktive auf eine unabhängige Organisierung von Lohnabhängigen hinzuarbeiten. Ihre Publikation ist eine selbstkritische Auswertung dieser Erfahrung und leitet eine Reihe politisch-strategischer Schlussfolgerungen ab, die sie auch für die bundesdeutsche Debatte interessant machen.

Sie gliedert sich in drei Abschnitte. Einleitend erklären die Autor*innen die Eckpfeiler ihrer Strategie, sich in der Arbeiter*innenklasse zu verwurzeln. Ihre Umsetzung wird im zweiten Teil durch drei „workers inquiries“ beschrieben, die detaillierte Einblicke in die Arbeitsbedingungen und geführten Kämpfe bei einem Fertigerhersteller, einem Warenhaus für

Nahrungsmittel sowie einer Produktionsstätte für 3D-Drucker geben. Das Kollektiv schließt mit einer Erweiterung seiner Perspektive zu einer revolutionären Strategie und leitet aus historischen Erfahrungen ab, dass es eine Organisation braucht, die als organisch in der Arbeiter*innenklasse verwurzelte Kämpfe führt.

„Die Befreiung der Arbeiterklasse muss das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“ Diesen Imperativ von Marx vor Augen, ziehen die „AngryWorkers“ nach Greenford, einem migrantisch geprägten Arbeiter*innenviertel im Westen Londons, dominiert vom Logistiksektor und industrieller Nahrungsmittelverarbeitung. Prekäre Arbeitsverhältnisse ohne garantierte Arbeitszeit – sogenannte „Zero Hour Contracts“ sind Arbeitsverträge ohne genaue Stundenzahl und bedeuten Arbeit auf Abruf –, Niedriglöhne und hohe Mieten prägen den Alltag der Menschen. Um Gegenwehr organisch entwickeln zu können und ihr Verständnis für die Situation der Beschäftigten zu vertiefen, nehmen die Aktiven Jobs in unterschiedlichen Betrieben an: „Wir spürten die dringende Notwendigkeit, aus der kosmopolitischen Filterblase auszubrechen und unsere politische Praxis im Leben und Arbeiten der Arbeiter*innenklasse zu verankern“ (7, eigene Übersetzung).

Ihre politische Arbeit in Greenford gliedert sich in vier „Ebenen der Organisierung“ (13). Erstens sollen organisierte Betriebskerne aufgebaut und entlang von Kämpfen um Verbesserung der Arbeitsbedingungen allmählich erweitert werden. Zweitens etabliert das Kollektiv ein Solidaritätsnetzwerk, das Menschen bei Prob-

lemen mit Behörden oder Vermieter*innen unterstützen soll. Dieses soll der individualisierenden Wirkung wohlfahrtsstaatlicher Daseinsfürsorge entgegenwirken und verhindern, dass die verarmten und isolierten Teile der Arbeiter*innenklasse gegen den organisierten Teil mobilisiert werden können. Durch die Herausgabe einer eigenen Zeitung versuchen sie drittens, über Kämpfe zu informieren, sie zu reflektieren und politisieren sowie in öffentliche Diskurse zu intervenieren. Viertens wollen sie den drei aufgezählten Teilbereichen eine organisatorische Klammer geben: eine Organisation der Arbeiter*innenklasse, die Kämpfen einen Kompass geben und mit anderen Organisationen in Austausch über die Erfahrungen treten muss. Durch gleichzeitige Aktivität auf allen vier Ebenen erhoffen sich die Autor*innen Synergieeffekte: „Das Solidaritätsnetzwerk kann Leuten helfen, im Betrieb die Initiative zu ergreifen, und Arbeitskämpfe im Betrieb wiederum können lokalen Kampagnen außerhalb mehr Stärke gegenüber den lokalen Autoritäten verleihen.“ (17) Ansätze von Basisarbeit mit nur einem isolierten der vier Schwerpunkte reiche den Autor*innen zufolge nicht aus.

Darüber hinaus lehnen die Autor*innen Organisationsansätze ab, die von außen auf die Arbeiter*innenklasse zugreifen wollen, und sie kritisieren die national beschränkten strategischen Ansätze des „Democratic Socialism“ in den USA und UK als unfähig, sich dem globalen Charakter des Kapitals stellen zu können. Aus der Position einer Regierungspartei würde dieser zudem unfähig sein, eine Lösung für die Probleme

der Arbeiter*innen zu bieten (334).

Das Buch lohnt sich auch mit Blick auf die neuere Debatte um Klassenpolitik, Basisarbeit und Organizing als Antwort auf die Krise der Linken. Denn leider verschwimmen die Begriffe in der deutschen Auseinandersetzung oftmals – bereits das Verteilen von Flyern auf der Straße gilt dann schon als Basisarbeit und „Neue Klassenpolitik“. Hier liefern die „AngryWorkers“ einen komplexeren Ansatz. Er wird um eine Analyse der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise sowie Organisation von Arbeit ergänzt. So können den Autor*innen zufolge leichter Orte ausgemacht werden, an denen sich Macht für die Durchsetzung von Lohnabhängigeninteressen aufbauen lasse. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf globalen Lieferketten – diese sehen die „AngryWorkers“ als Machtressource und Kristallisationspunkt für global auszutragende Klassenkämpfe, die darum auch notwendig internationalistische sein müssten.

Weiterhin hilft das Buch, betriebliche Kämpfe auch innerhalb aktivistischer Kreise weiter als Ort gesellschaftlicher Auseinandersetzung und linker Politik ins Bewusstsein zu rufen und greifbar zu machen. Aufgrund der sozioökonomisch privilegierten Herkunft vieler linker Aktivist*innen und einem oft klassenvergessenen Verständnis von Identitätspolitik bleiben Arbeitskämpfe als politische Praxis und der Bezug auf Klassenstatus als einendes Moment zumindest in jüngeren linken Milieus oft auf der Strecke. Der gerne reflexhaft erhobene Vorwurf, man würde sich bei einem Rekurs auf Klassenverhältnisse nur auf

weiße, männliche Lohnarbeiter beziehen und patriarchale oder rassistische Unterdrückung als Nebenwidersprüche abtun, begegnen die Autor*innen, indem sie mehrfach auf die besonders exponierte Position von Frauen und Migrant*innen als Teil der Arbeiter*innenklasse verweisen: Sie analysieren den zunehmenden ökonomischen Druck auf Familien und damit insbesondere auf viele Frauen, in Vollzeit für Mindestlohn zu arbeiten und zusätzlich kostenlose Reproduktionsarbeit zu leisten. So wird erkennbar, dass Kämpfe um soziale Infrastruktur, öffentliche Daseinsfürsorge, Mieten sowie Löhne klassenpolitische und feministische bzw. antirassistische Kämpfe zugleich sein können.

Eine wichtige Komponente von Basisarbeit findet jedoch wenig Beachtung – die kulturelle Verankerung im Wohnviertel. Eine Organisation der Arbeiter*innenklasse sollte nicht nur Ansprechpartner bei Problemen sein, sondern auch Teil von Freizeit und sozialem Alltag werden, um Vertrauen zu schaffen und weiteren Zugang zur kollektiven Organisation zu bieten. Stammtische, Fußballtraining oder Nachbarschaftsfeste etwa werden viel zu schnell vergessen oder hinten angestellt.

Die „AngryWorkers“ haben den verdienstvollen strategischen Versuch unternommen, als und mit Arbeiter*innen einen Zusammenschluss aufzubauen, durch den sie Gegenwehr leisten und Erfolge auch als Ergebnis gemeinsamer Arbeit erkennen können. Allerdings hätten sie dabei 80 Prozent ihrer Energie auf die konkreten Kämpfe und die Zeitung verwandt, wie sie selber angeben. Selbstkritisch merken sie an, dass sie es

nach sechs Jahren nicht geschafft haben, ihr politisches Kollektiv zu erweitern bzw. Arbeiter*innen für die langfristige Mitarbeit zu gewinnen. Inwieweit sie es also schaffen werden, weitere Kolleg*innen zu organisieren, ist der Gradmesser, an dem sich auch ihre strategische Suchbewegung wird messen lassen müssen. Wir lesen hoffentlich davon in einem weiteren Buch der „AngryWorkers“.

Georg Enzmann

Gentrifizierung

Lisa Vollmer, Strategien gegen Gentrifizierung, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2018, 163 Seiten, 12 Euro;

Jan Üblacker, Gentrifizierungsforschung in Deutschland. Eine systematische Forschungssynthese der empirischen Befunde zur Aufwertung von Wohngebieten, Budrich UniPress Ltd., Leverkusen 2018, 230 Seiten, 32 Euro.

„Gentrifizierung“ – der von der englischen Soziologin Ruth Glass in den 1960er Jahren geprägt Begriff hat seit einigen Jahren wieder Konjunktur. Der umstrittene Begriff wird nicht nur im akademischen Bereich verwendet, sondern hat längst Eingang in die politischen Debatten, Medienberichterstattung und vor allem in den Bewegungsjargon gefunden.

Mit Gentrifizierung bezeichnete sozialen und baulichen Veränderungen werden nicht nur in deutschen Großstädten, sondern mittlerweile auch in einer Vielzahl von Mittelstädten und sogar in ländlichen Räumen nachgewiesen. Der Austausch einer statusniedrigeren durch eine statushöhere Bewohnerschaft in einem Wohngebiet – so der von Üblacker zusammengefasste

kleinste gemeinsame Nenner der deutschen Gentrifizierung-Forschung darüber, wann von Gentrifizierung gesprochen werden kann – stellt eine der großen Herausforderungen der aktuellen und zukünftigen Stadtentwicklung dar.

So ist es verdienstvoll, dass der Schmetterling Verlag in seiner Reihe *theorie.org* eine Einführung vorlegt, die einerseits eine Darstellung von gängigen Gentrifizierungs-Theorien und andererseits eine Übersicht über eine bunte Vielfalt an Mieter*innenprotesten in deutschen Städten bietet. Das von Lisa Vollmer, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar, verfasste schmale Bändchen richtet sich vor allem an diejenigen, die sich gegen ihre eigene Verdrängung oder die ihrer Nachbar*innen wehren.

Seit dem Erscheinen von Andrej Holms „Wir bleiben Alle! Gentrifizierung – städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung“ und Christoph Twickels „Gentrifidingsbums. Oder eine Stadt für Alle“ (Twickel 2010)¹ im Jahr 2010 sind eine ganze Reihe an Publikationen erschienen, die die Strategien von Mieter*innenprotesten gegen Gentrifizierung beschreiben. So ist es an der Zeit, quasi eine aktualisierte Neuauflage dieser verbreiteten Einführungen vorzulegen.

Ihr Ziel, auf die neuen Debatten und Publikationen aufbauend einen aktuellen Überblick über Gentrifizierung

und die Proteste dagegen zu geben, erreicht Vollmer voll und ganz.

Dieses Bändchen möchte ein Anstoß für Initiativen sein, ihre Strategien auszutauschen, ihre Proteste zu vernetzen, ihre politischen Forderungen und ihre konkreten Utopien zu kollektivieren. Kurz und übersichtlich werden zunächst die Gentrifizierung, ihre verschiedenen Arten und die unterschiedlichen Erklärungsansätze vorgestellt. Der zweite Teil widmet sich dann „Politiken gegen Inwertsetzung“ (Vollmer, 74). Das Ziel ist, Wege aufzuzeigen, die Wohnungsfrage zu politisieren. Auf diesem Weg könne die Marktmacht in der Wohnungspolitik eingeschränkt oder sogar abgeschafft werden – so die Hoffnung Vollmers. Wichtig ist ihr auch, die konfliktbetonte Praxis vieler Mieter*inneninitiativen als notwendige Abwehr der Vereinnahmung durch eine Partizipationsidee darzustellen, der zufolge alle auftretenden Planungsprobleme durch die Aushandlung eines Konsenses gelöst werden können.

Der Schmetterling Verlag hat eine im guten Sinne parteiische Einführung vorgelegt. Es ist zu hoffen, dass sie ihr Ziel erreicht: Menschen zu ermuntern, für konkrete materielle Verbesserungen für diejenigen zu streiten, die auf vielfache Weise von der Gesellschaft ausgeschlossen sind.

Das Ziel der zweiten hier besprochenen Veröffentlichung ist es, die empirischen Befunde der an deutschen Hochschulen seit 1980 entstandenen Qualifikationsarbeiten zur Gentrifizierung aufzubereiten, zu systematisieren und mit den zentralen empirischen Befunden der publizierten Literatur abzugleichen. Der mittlerweile an der EBZ Bu-

¹ Andrej Holm, *Wir bleiben Alle! Gentrifizierung – städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung*, Münster 2010; Christoph Twickel, *Gentrifidingsbums. Oder eine Stadt für Alle*, Hamburg 2010. Beide besprochen von Bernd Belina in Z 85 (März 2011).

siness School in Bochum lehrende Stadtsoziologie Jan Üblacker erhofft sich durch diese systematische Sichtung und Aufbereitung eine Schließung der von ihm konstatierten Lücke zwischen den Theorien der soziologischen Stadtforschung und der Möglichkeit, diese mit den vorhandenen Daten, Methoden und Fördergeldern zu testen.

Entstanden ist diese beeindruckende Fleißarbeit als Teil des Forschungsprojekt „Entwicklung der Gentrification-Forschung in Deutschland 1980 bis 2012“ am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität zu Köln. Erfasst wurden 327 Qualifikationsarbeiten; von diesen konnten 70 bezogen und untersucht werden.

Die Mehrheit der Qualifikationsarbeiten geht der Frage nach, ob es im Untersuchungsgebiet zu Gentrifizierung gekommen oder ob aktuell ein Prozess der Gentrifizierung erkennbar ist. Häufig untersuchen die Arbeiten dabei die Rolle von Akteuren der Gentrifizierung. Einige Arbeiten berichten über Konflikt- und Protestformen.

Allerdings – so die Bewertung Üblackers – kranken auch die Qualifikationsarbeiten an den gleichen Mängeln wie die deutsche Gentrifizierungsforschung insgesamt: Sie beschränken sich oft auf jeweils ein Untersuchungsgebiet. Nur sehr wenige Arbeiten vergleichen mehrere Gebiete, versuchen gesamtstädtische Übersichten zu erstellen oder suchen die Ursachen für den gebietsbezogenen Wandel auf einer übergeordneten Ebene. So bleibt denn auch unklar, inwieweit die beobachteten Entwicklungen im Vergleich zur gesamten Stadt besondere Dynamiken abbilden. Insgesamt be-

mängelt Üblacker den stark deskriptiven Charakter der Arbeiten.

Lange Zeit bildeten nachfrageseitige Erklärungen und die daraus abgeleiteten Akteursdefinitionen (Pioniere, Gentrifier, Andere) und Verlaufsmodelle (doppelter Invasions-Sukzessions-Zyklus) das zentrale theoretische Fundament der deutschen Gentrifizierungs-Forschung.² Diese einseitige Perspektive wird zunehmend kritisiert. Seit Anfang der 2000er Jahre werden verstärkt auch angebotsseitige Erklärungen aufgenommen und Eigentumsverhältnisse oder Investitionsverhalten auf lokalen Wohnungsmärkten in die Untersuchungen einbezogen.

Üblacker zieht ein kritisches Fazit der deutschen Gentrifizierung-Forschung: Sie sei „selbstreferentiell“ (Üblacker, 180) und berücksichtige kaum aktuelle empirische Befunde der internationalen Forschung. Während in der internationalen Literatur die Einflüsse von Wohnungs-, Grundstücks- und Finanzmärkten, von nationalen, regionalen und kommunalen Stadtentwicklungspolitiken sowie von verschiedenen Wohnungsmarktakteuren erhebliche Beachtung finden, werden sie in deutschen empirischen Untersuchungen kaum systematisch berücksichtigt.

Als Konsequenz aus der Auswertung der Qualifikationsarbeiten und deren Abgleich mit dem deutschen Forschungsstand plädiert Üblacker unter anderem dafür, neben der baulichen und sozialen Aufwertung auch symbolische und gewerbliche Einflussfaktoren zu berücksichtigen; die Vielfalt der Erscheinungsformen der Gentrifizierung zu be-

² So z.B. in: Jürgen Friedrichs, *Stadtsoziologie*, Opladen 1995.

achten; und verschiedene disziplinäre Perspektiven stärker zu integrieren.

Darüber hinaus sollte die deutsche Gentrifizierung-Forschung sich um eine stärkere Integration nachfrageseitiger und angebotsseitiger Erklärungsansätze bemühen. Nur auf diesem Weg – so die übereinstimmende Konsequenz von Vollmer und Üblacker – ist ein vollständiges Bild von Gentrifizierungs-Prozessen zu erhalten.

Hans Günter Bell

Demokratiethorie

Radikale Demokratiethorie. Ein Handbuch von Dagmar Comtesse, Oliver Flügel-Martinsen, Franziska Martinsen und Marin Nonhoff. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Berlin 2019, 832 Seiten, 30,00 Euro.

1. Man erinnert sich: Marx stellte in seiner Kritik der Rechtsphilosophie Hegels fest, „dass alle Staatsformen zu ihrer Wahrheit die Demokratie haben und daher eben so weit sie nicht die Demokratie sind, unwahr sind“. Man erinnert sich ebenso, dass ein so berufener Verfechter der parlamentarischen „Demokratie“ wie einst Hans Kelsen – der in diesem Handbuch nicht erwähnt wird – das sowjetische Rätssystem mit folgenden Worten lobt: „Die kurze Mandatsdauer, die Möglichkeit jederzeitiger Abberufung der in die verschiedenen Sowjets vom Volke Abgeordneten und die damit verbundene völlige Abhängigkeit von den Wählern, der innige Kontakt mit dem Urmaterial des Volkswillens – ist echtteste Demokratie.“ Zudem, so Kelsen weiter, werde Demokratie im Rätssystem auf Wirtschaft und Verwaltung ausgedehnt. 1993 lesen wir bei dem scharfsinnigen

Jesuiten Rupert Lay: Es wäre zu prüfen, „ob nicht eine ‚Rätedemokratie‘ dem demokratischen Grundgedanken besser gerecht wurde als eine Mehrheitsdemokratie“. Zurück also zu einem politischen Verband, der aus Staatsvolk und Herrschern etwa gleichberechtigte Partner werden lässt? Kaum etwas kann uns derzeit ferner liegen. Denn pandemiebedingt haben die Republiken die Gesellschaften eingefroren. Was könnte die Folge sein? Auf absehbare Zeit Staaten, die die Pandemiebedingtheit ihrer Herrschaft zu einer schutzbedingten Regierungshoheit verstetigen. Doch, wenn genau dies geschehen wird, dann könnte sich eine demokratisch formierende Gesellschaft ergeben, wobei das inflationäre „demokratisch“ durch ein anderes Adjektiv ersetzt werden müsste, wahlweise durch „demoarchisch.“ Die Griechen sagten nämlich für herrschen wahlweise *krateo* oder *archo*.

2. Die Herausgeber und ihre zahllosen Mitarbeiter dieses Bandes fixieren sich jedoch auf das inflationär verwendete „demokratisch“ und versuchen es dadurch zu retten, dass sie ihm das Stärkungsmittel des *Radikalen* verabreichen, das zugleich zur Theorie erhoben und insofern nobilitiert wird.

3. „Radikaldemokratie“: Darunter lassen sich verschiedene Optionen rechnen, die sich als Infragestellung, als postessentialistisch und als kontingenzbejahend sich zum als „demokratisch“ verstehenden Rechtsstaat verhalten.

Infragestellung: Hat das Volk nicht das Recht eines Zugangs zu den verschlossenen Türen einer Elitenherrschaft? Hat es Eliten nicht ihrerseits zu kontrollieren? *Postessentialistisch:* Alle Gesellschaften sind variabel. Es gibt keine Essenz von Formen und Inhalten einer

demokratischen Vergesellschaftung, auf die alle Demokratien festgelegt werden können. *Kontingenzbejahung*: Nichts ist politisch gegeben. Es kommt daher zu einer grundlegenden Unterscheidung zwischen der Politik und dem Politischen: „Es handelt sich um die kritische, kontrastive Differenz zwischen der Domäne Politik (d.h. den etablierten Strukturen, Institutionen und Handlungsmustern in realen politischen Gemeinschaften) einerseits und den spezifischen Modi ihrer Durchbrechung, Infragestellung oder Überwindung durch das Politische andererseits. Die systematische Differenz wird in keiner anderen Denkschule so umfassend reflektiert wie im Rahmen der radikalen Demokratietheorie.“ Damit öffnet sich der Blick auf ein weites Panorama der politischen Konzepte, das zunächst von Machiavelli, den Anti-Federalists, Rousseau, Marx, Gramsci bis zu Hannah Arendt läuft. Dann folgt ein Kapitel über die Inspiratoren. Dazu werden Hegel, Thoreau, Nietzsche, Lacan oder Foucault gerechnet. Weitere Positionen kommen hinzu. Einen Kernbestand bilden Artikel über Abensour, Badiou, Castoriadis, Derrida, Habermas, Hardt/Negri, Mouffe und viele andere. Es folgt ein Kapitel über Zentrale Begriffe wie Demos, Ereignis, Souveränität, Staat. Ein Kapitel zu Themenfeldern wie Grenzen, Partizipation, Pluralismus kommt hinzu. Abgeschlossen wird die Sammlung durch Kontroversen wie eine Befragung der Moderne, Republikanismus oder radikale Demokratietheorie, Kybernetik, Konstruktivismus. Überall sorgt der Handbuchcharakter für ebenso informative wie kritische Artikel. Neben dem Informationswert aller Artikel ist insbesondere hervorzuheben, was Dirk Jörke über die Anti-Federalists am Vorabend

der USA-Gründung zusammenstellt. Deren Argumente wurden vergessen, während Autoren wie Hannah Arendt oder Jürgen Habermas sich auf eine US-Demokratie beziehen, die jedoch als explizit als Republik konzipiert wurde – mit Wahlen, die die Stimmen des Volkes nicht etwa „spiegeln“, sondern „filtern“ sollten – und sich bis heute als Republik innen- wie außenpolitisch verhält.

4. Merkwürdig bleibt allerdings, dass von den Vorläufern zwar Machiavelli, jedoch nicht dessen britischer Zeitgenosse Thomas Morus, auf den Machiavelli vermutlich mittelbar reagierte, und dessen *Utopia* weder zu Wort noch zur Geltung kommt. Denn Morus hatte geschrieben, die Staaten bilden „eine Art Verschwörung der Reichen, die im Namen und unter dem Rechtsstül des Staates für ihren eigenen Vorteil sorgen“ (quaedam conspiratio divitum de suis commodis rei publicae nomine tituloque tractatum. Thomas Morus, *Utopia*, Stuttgart 2012, 326 f). Allein dieses Motto sorgt bereits dafür, dass es kaum eine andere Radikalität gibt, mit der die Legitimität bestehender Staaten im Namen einer andersartigen Gegen-Demokratie dekonstituiert werden. Auch fehlt ein Hinweis auf Morus' Freund Erasmus von Rotterdam. Der nämlich schrieb in seinen *Adagia*: „Jetzt sind die Sozialgewinner gleichsam die einzigen, die Menschen oder eher Götter sind: Sie beanspruchen alles für sich.“ Ebenso fehlt Ernst Bloch und dessen Beschreibung der mittelalterlichen Vision bei Joachim von Floris von einem bevorstehenden Reich des Geistes ohne Kirche als einer „mystischen Demokratie.“ Der Eindruck einer Über-Vollständigkeit scheint daher trügerisch. Die erschöpfende Vollständigkeit könnte sich als Selektion erweisen, die ihrer-

seits ungeschützt ideologieanfällig bleibt.

5. Radikaldemokratie bildet daher den Inbegriff eines Wunsches, sich von den parlamentarisch erstarrten Republiken durch die Option einer eigenen Theoriepluralität zu unterscheiden. Daher setzt die Rede von Radikaldemokratie, obwohl der bezeichnete Band dies nicht sichtbar werden lässt, eine unüberwindbare Differenz zwischen dem existierenden Staat und der „Radikaldemokratie“ voraus. Die beschriebene Differenz zwischen noch nicht existierenden und einer werdenden Demokratie wird jedoch auf diese Weise nicht geklärt. Paradoxe formuliert, könnte man gar den Eindruck gewinnen, dass eine real existierende Republik „Radikaldemokratie“ deshalb benötigt, damit der Staat nicht zu einem demokratischen Staat wird. Es gibt dann keine Demokratie, und es scheint, es bestehe Interesse daran, dass sie aus dem bloßen Status ihrer Möglichkeit nicht heraustritt, der sie um jene drei Fragerichtungen folgenlos kreisen lässt: Infragestellung der Demokratien, keine politische Essenz, politische Kontingenzen.

Bernhard H. F. Taureck

„Völkische Einheitsfront“

Hajo Funke, Die Höcke-AfD. Vom gängigen Haufen zur rechtsextremen „Flügel“-Partei. Eine Flugschrift. VSA-Verlag, Hamburg 2020, 128 S., 10 Euro.

Formell hat sich der rechtsextremistisch-völkische sog. „Flügel“ in der AfD aufgelöst, nachdem der Machtkampf zwischen dem nationalkonservativ-neoliberalen Block um Jörg Meuthen und Flügel-Spitzen wie Björn

Höcke und Andreas Kalbitz vorläufig zugunsten des Meuthen-Lagers ausgegangen war. Tatsächlich aber ist dieser in der Rechtspartei AfD von unvermindertem Gewicht und treibt sein Unwesen unter der öffentlich einsehbaren Oberfläche weiter. Die AfD bleibt gefährlich und ein Stichwortgeber für rassistische und menschenverachtende Gewaltakte. So rasten im schleswig-holsteinischen Henstedt-Ulzburg zwei Rechtsextremisten mit einem SUV in eine Gruppe von Gegendemonstranten gegen eine Veranstaltung mit AfD-Parteichef Meuthen und verletzten drei Personen erheblich.¹ Dies verweist auf die organische Beziehung zwischen der Partei und der parlamentarischen Präsenz der AfD und ihrer Rhetorik und den rechtsextremistischen und identitären Milieus und Organisationen sowie außerparlamentarischen Sammelbewegungen wie „Pegida“.

Hajo Funke gehört zu den renommiertesten Experten zum Rechtsextremismus, Antisemitismus und Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bis zu seiner Emeritierung 2010 lehrte er am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin. Seine Auseinandersetzung mit der AfD beginnt er, indem er die Lunte aufspürt, die von Thilo Sarrazin gelegt wurde, als dieser seine „eugenische und rassistische Kampfschrift“, der zufolge Deutschland sich abschaffe, veröffentlichte und damit nicht nur ein Millionenpublikum erreichte, sondern auch „entsprechende Ressentimentbewegungen und ihre Radikalisierung“ förderte. Diese Lunte befeuerte binnen eines Jahrzehnts u.a. die Attentate von Halle

¹ Aus dem Stand Vollgas. „junge Welt“ vom 20. Oktober 2020, S. 4.

(2019) und Hanau (2020) und die Ermordung von Walter Lübcke im Juni 2019. Welche Gefahr vom öffentlichen Agieren des Rechtsextremismus ausgeht, verdeutlichte die politisch zu Recht als Tabubruch und Skandal verstandene Wahl des FDP-Abgeordneten Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten im Landtag Thüringen am 5. Februar 2020. Erst der massive Protest aus der Zivilgesellschaft hat diesen „Rausch von rechts“ aufhalten können.

Mit seiner Flugschrift will Funke die Gefahrenlage vergegenwärtigen, die besonders vom sog. „Flügel“ um Höcke und Kalbitz ausgeht, und Wege ausloten, die eine gesellschaftliche „Umkehr zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ ermöglichen könnten, und zwar unter der Leitfrage „Können die Schockwellen nach Hanau zu einer Umkehr in Gesellschaft und Politik beitragen?“. (9) Fünf Kapitel strukturieren die Flugschrift.

Dabei geht Funke in seiner Einleitung (9-18) von der Lage im Frühjahr 2020 aus. Der von den Attentaten und der eigenen Coronaleugnung ausgehende öffentliche Druck auf die AfD führte diese endgültig in Machtkampf und Krise. Doch dieser Machtkampf ist mit der Selbstauflösung des sog. „Flügels“, die keine ist, keinesfalls beendet, sondern faktisch „entgrenzter und entfesselter als je zuvor“. (12) Der sog. „Flügel“ stützt sich dabei vor allem auf die ostdeutsche Machtbasis in Sachsen, Brandenburg und Thüringen, die „ohne das besondere Ausmaß rechtsautoritärer Einstellungen und schwerwiegender sozialökonomischer Enttäuschungen und Erschütterungen im Gefolge der Vereinigung“ nach 1990 nicht erklärbar ist. (Ebd.) Die sog. „Hygienedemos“ unter Beteiligung von Verschwörungsideologen, Identitä-

ren, Neonazis, Antisemiten etc. sollen durch ihre Offenheit nach Rechtsaußen genutzt werden, um menschenfeindliche Ideologien noch weiter in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und die AfD wieder politisch zu stärken. Durch ihre Gewaltaffinität und ihr Unvermögen, auf die Coronakrise zu reagieren, wurde sie demoskopisch geschwächt.²

Im ersten Kapitel (19-46) zeichnet Funke die Rechtsentwicklung der AfD als eine Radikalisierung im Parteitagsrhythmus nach. Das erste öffentliche Auftreten von Pegida im Oktober 2014 markierte den Auslöser einer Rechtsentwicklung der AfD, denn im Frühjahr 2015 gründete sich der sog. „Flügel“ um Gauland, Höcke und Poggenburg, um den eurokritischen und neoliberalen damaligen Vorsitzenden Bernd Lucke zu stürzen. Auf Lucke folgte Frauke Petry, die 2017 von Gauland und Höcke gestürzt wurde. Letztlich wurden auf dem Parteitag (30.11./1.12.2019) in Braunschweig zahlreiche Gegner des „Flügels“ aus dem Vorstand gewählt. Der Hass auf die „Kulturfremden“, rassistische Kampfvokabeln wie „Umvolkung“, NS-Relativierung und Gewaltaffinität prägen seither das Auftreten der AfD, was in der Zivilgesellschaft auch mehr und mehr wahrgenommen wird. Der sog. „Flügel“ hat die AfD seit seiner Gründung systematisch nach Rechtsaußen getrieben. Kern dieses Ka-

² So lag die AfD bei der Sonntagsfrage der „Forschungsgruppe Wahlen“ noch von Mai 2019 bis kurz vor dem Lockdown in März 2020 beständig bei 12% bis 14 %, nach dem Attentat von Hanau (Februar 2020) bzw. dem Lockdown sank die Zustimmung auf 9% bis 10%. Im August 2018 lag die Zustimmung sogar bei 17%, siehe <http://www.wahlrecht.de/umfragen/politbarometer.htm>, Zugriff am 21. Oktober 2020.

pitels sind die Eskalation der Gewalt, hinter der die ausgrenzende Rhetorik der AfD steht, festgemacht an den Demonstrationen am 1. September 2018 in Chemnitz über die Attentatswelle 2019 sowie die Infiltrierung der Sicherheitsorgane, die 2019/20 immer offenkundiger wurde. Im zweiten Kapitel (47-84) charakterisiert Funke die Protagonisten des Marsches nach Rechtsaußen: Höcke („Groteske Allmachtsphantasien“), Kalbitz („Neonazi und Einpeitscher“) und Kubitschek („Ziehsohn von Armin Mohler“). Fazit: „Kalbitz & Co. gehen aufs Ganze“. Das dritte Kapitel (85-96) rekonstruiert den Aufstieg der AfD in Ostdeutschland 2019 und fragt, ob dieser aufgehalten werden kann. Das vierte Kapitel (97-111) widmet sich entsprechend dem „Drama in Thüringen“, dem der „Aufstand der Demokratie“ folgte, der die CDU, die ein Bündnis mit der AfD einzugehen bereit war, zur Raison zwang. In diesem Aufbegehren gegen ein Rechtsbündnis sieht Funke zurecht den Schlüssel für eine Stabilisierung der demokratischen Potenziale in unserem Lande. Das fünfte Kapitel (112-121) ist ein Ausblick: „Die extreme Rechte und die Gesellschaft in Coronazeiten“. Funke weist darauf hin, wie schnell demokratische Verhältnisse, wie gesehen in Thüringen, erschüttert werden können, wenn sich eine Partei wie die AfD und besonders der sog., mit dem Faschismus sympathisierende „Flügel“ das Ziel setzt, sie zu zerstören. Andererseits äußert Funke sein Vertrauen darauf, dass alle demokratischen Kräfte und die sozialen Bewegungen zusammen stehen, damit die Parteien gezwungen bleiben, „keinen Millimeter nach rechts“ zu gehen. Diese Flugschrift ist ein Plädoyer für Zivilcourage, demokratische Tugenden und breites politisches Engagement.

Sie reflektiert die Grundfrage unserer Zeit: Autoritär-nationalistische oder demokratisch-sozialstaatliche Politik? Gefragt ist eine entsprechende politische Antwort. Lesenswert!

Holger Czitrich-Stahl

Strategie für den „Systemwechsel“

Bernd Riexinger, System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal – Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können: eine Flugschrift. VSA, Hamburg 2020, 138 S., 12 Euro

„System Change Not Climate Change“ lautet eine bekannte Parole der internationalen Klimaschutzbewegung. Dass eine grundsätzliche Veränderung notwendig ist, steht angesichts der tiefgreifenden ökologischen und sozialen Krise des globalen Kapitalismus außer Zweifel, aber wie diese Veränderung aussehen soll und mittelfristig auch erreicht werden kann, ist weitgehend ungeklärt. Bernd Riexinger, der scheidende Vorsitzende der Partei Die Linke, unterbreitet einen strategischen Vorschlag für einen „linken Green New Deal“. Sein Programm besteht aus sechs Punkten (32ff.): Erstens Ausbau sozialer Infrastrukturen, d.h. Investitionen in ÖPNV, Öffentlichen Dienst, bezahlbaren Wohnraum, Krankenhäuser usw.; zweitens „sinnvolle Arbeit und Löhne, die für ein gutes Leben reichen“, gemeint sind Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, Flächentarife; drittens „soziale Sicherheit für alle“, u.a. eine sanktionsfreie Grundsicherung statt Hartz IV sowie „eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle (...) ein-

zahlen“ (54); viertens „radikaler Klimaschutz“, also schneller Kohleausstieg, Ausbau regenerativer Energien, Mobilitätswende, Gebäudesanierung; fünftens ökologische Konversion der Industrie zugunsten bedarfsorientierter und klimaschonender Produktion; und schließlich sechstens Umverteilung von großer Einkommen und Vermögen.

Riexinger skizziert damit wesentliche Konfliktfelder und bietet plausible Gegenentwürfe. Er hat recht, wenn er sich gegenüber „grünem“ Kapitalismus, übertriebenen Revolutionserwartungen und problematischen Grundeinkommensforderungen abgrenzt. Zuzustimmen ist ihm auch in der Prognose, dass das Kapital einer Politik des „Systemwechsels“ nicht tatenlos zusehen wird. Trotzdem gewinnt man bei der Lektüre mitunter den Eindruck, dass die Brisanz der anstehenden Konflikte nicht deutlich genug wird. Es würde eine offensive Massenmobilisierung von unten und staatlichen Zwang von oben brauchen, um Konzerninteressen in die Schranken zu weisen, was wiederum voraussetzen würde, dass der Staat sich zumindest teilweise von diesen Partikularinteressen emanzipiert.

Riexinger plädiert für eine „verbindende Partei“, die Widersprüche innerhalb der Bevölkerung zu überwinden vermag. Aber seine Darstellung wird selten so konkret, dass deutlich würde, worin diese Widersprüche genau bestehen. An einer Stelle erläutert Riexinger, dass es „Gewerkschafter*innen und Betriebsräte“ gebe, die „Abwrackprämien auch für neue Dieselautos“ forderten. Damit täten sie den Beschäftigten langfristig keinen Gefallen. Riexinger weiter: „Ich habe das als Gewerkschafter bei der Energieversorgung erlebt. Die Betriebsräte von EnBW [Energie Baden-

Württemberg AG, M.Z.] (...) verteidigten wie ihre Manager die Atomkraft und die Kohlekraftwerke. (...) Die EnBW wurde vom Atomausstieg völlig überrascht und hatte (...) ihr Geschäftsmodell verloren. Sparprogramme waren die Folge (...)“ (97). Ob Gewerkschaft und Partei solche Widersprüche bewältigen können oder von ihnen zerrieben werden, ist eine offene Frage und dürfte sich von Fall zu Fall entscheiden.

Leider fehlt es dem Text teilweise an der Lebendigkeit und Konkretheit, die der eben zitierten Passage eigen ist. Die Begriffe für politische Konzepte lassen Fragen offen, etwa „Infrastruktursozialismus“ (35), „Neues Normalarbeitsverhältnis“ (47), „Wirtschaftsdemokratie“ (61), „solidarischer Zukunftssektor“ (63) oder „transformative Demokratie“ (64). Einfacher wäre es, direkt zu benennen, worum es jeweils geht.

Der „Systemwechsel“ soll jedenfalls innerhalb des Kapitalismus stattfinden – und das kann angesichts der heute gegebenen Kräfteverhältnisse und dringlichen Probleme auch gar nicht anders sein. Das mag sich langfristig ändern, sollten sich die gesellschaftlichen Konflikte weiter zuspitzen, aber welche Möglichkeiten und Gefahren sich daraus für die Linke ergeben werden, ist noch nicht abzusehen. Riexinger kommt jedenfalls das Verdienst zu, eine brauchbare Diskussionsgrundlage zur Frage des „Systemwechsels“ vorgelegt zu haben.

Michael Zander